

# Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit

## Schwerpunkt Soziale Differenzen und Ungleichheit

Oktober 2012, Nr. 11

---

Editorial	3
Heterogenitäten und Ungleichheiten: Zwei Seiten sozialer Differenzen <i>Ivo STAUB</i>	5
Kulturelle Differenzen: Bedrohung der sozialen Kohäsion oder bereichernde Vielfalt? <i>Michael NOLLERT</i>	13
Vers une société sans classes? <i>Robin TILLMANN</i>	21
Soziale Ungleichheiten als Ausdruck unterschiedlicher Habitusausprägungen: Überlegungen für subjektorientierte Perspektiven in der Sozialstrukturforschung <i>Stefan KUTZNER</i>	27
Plurale Gesellschaften als sozialwissenschaftliche Herausforderung <i>Marina RICHTER</i>	31
Was bedeutet eigentlich Multikulturalismus? <i>Amir SHEIKHZADEGAN</i>	35
Leben in prekären Verhältnissen in der Schweiz und in Chile: Haushaltsstrategien im Spannungsfeld von institutionellen Einschränkungen und individuellen Handlungsspielräumen <i>Michèle AMACKER, Monica BUDOWSKI, Sebastian SCHIEF</i>	43
Bewegungen für und gegen die Gleichstellung der Geschlechter <i>Ruedi EPPLE</i>	47
Sag mir, wo die Männer sind <i>Sebastian SCHIEF</i>	59
Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten <i>Fachschaft</i>	63
Wir gratulieren! <i>Abschlüsse</i>	65

## **Impressum**

Dieser Newsletter wird vom deutschsprachigen Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg (CH) herausgegeben. Er erscheint einmal pro Semester.

Die Meinungen der Autorinnen und Autoren müssen sich nicht mit denjenigen des Studienbereichs decken.

Abdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Quellenangabe erwünscht.

*Redaktion:* Amir Sheikhzadegan, Ueli Hostettler, Ruedi Epple, Ivo Staub  
sasp@unifr.ch

## Editorial

Monica BUDOWSKI und Michael NOLLERT

Gesellschaften ohne soziale Differenzen sind kaum vorstellbar. Von daher überrascht es nicht, dass soziale Differenzen eine wichtige Rolle in der Lehre und Forschung des Bereichs Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit spielen. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass nicht alle Differenzen von gleicher Relevanz sind. So sind z.B. Hautfarbe, Geschlecht oder Religion erst dann von soziologischem Interesse, wenn diese Differenzen Ausgangspunkt von ungleicher Behandlung und ungleichem Zugang von Ressourcen sind und somit zu soziale Ungleichheiten werden. Deshalb ist auch immer damit zu rechnen, dass gewisse Gruppen in einer Gesellschaft versuchen, ihre Privilegien auf der Basis von Differenzen zu legitimieren, während – vice versa – benachteiligte Gruppen versuchen, ungleichheitsstiftende Differenzen zu eliminieren. Der vorliegende Newsletter dokumentiert das Spektrum von Differenzen, die derzeit Gegenstand von Forschungsprojekten sind, die unser Studienbereich bearbeitet.

In einem einführenden Beitrag weist Ivo Staub einerseits auf den Unterschied zwischen Differenzen im Sinne von Ungleichartigkeiten (horizontale Ungleichheiten) und im Sinne von Ungleichwertigkeiten (vertikale Ungleichheiten) hin. Andererseits illustriert er am Beispiel der Konzepte der sozialen Schliessung und Ausbeutung, wie Gruppen auf der Grundlage von staatlich garantierten Differenzen ihre Privilegien absichern. Michael Nollert setzt sich danach kritisch mit der Frage auseinander, ob kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion gefährden oder als gesellschaftliche Bereicherung wirken.

Robin Tillmann resümiert Resultate seiner Dissertation „Vers une société sans classes“ in der er sich kritisch mit der These der Auflösung der Klassengesellschaft auseinandersetzt. Anhand einer umfassenden Sozialstrukturanalyse der Schweizer Gesellschaft im Zeitraum zwischen 1970 und 2008 – der ersten empirischen Untersuchung zur langfristigen Veränderung sozialer Klassen dieser Art für die Schweiz – kann die Studie zeigen, dass die Klassenstrukturen zwar im Zeitverlauf fluktuieren und sich verändern, jedoch ohne eindeutige Richtung, so dass nicht von einer systematischen Schwächung oder gar einer Auflösung von sozialen Klassen gesprochen werden kann.

Stefan Kutzner betont in seinem Beitrag vorab die Differenzen, die soziale Ungleichheiten begründen, wobei er darauf hinweist, dass die Sozialpolitik zum einen beansprucht, materielle Ungleichheiten zu verringern, und zum andern darauf hinwirken soll, dass sich die Bedeutung milieubedingter Habitusausprägungen bei der Verteilung von Ressourcen verringert.

Marina Richter weist auf die wissenschaftlichen Herausforderungen des nicht zuletzt durch Migration bedingten Pluralitäts- und Komplexitätszuwachses moderner Gesellschaften hin. Amir Sheikhzadegan folgt mit einem Überblick über die Multikulturalismus-Debatte und gelangt dabei zu ernüchternden Schlussfolgerungen.

Der Beitrag von Michele Amacker, Monica Budowski und Sebastian Schief dokumentiert die Ergebnisse eines Nationalfonds-Projekts, das auf prekäre Lebensverhältnisse in der Schweiz und Chile fokussiert. Gefragt wird, ob und wie sich Gelegenheitsstrukturen von Wohlfahrtsregimen in Haushaltsstrategien im Umgang mit Prekarität widerspiegeln.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich sind Geschlechterdifferenzen. Der Beitrag von Ruedi Epple weist am Beispiel des Aufstiegs der antifeministischen Bewegung in der Schweiz nach, dass jederzeit damit zu rechnen ist, dass sich horizontale Differenzen (wieder) in vertikale transformieren. Gleichstellung ist auch Thema des Beitrags von Sebastian Schief. So zeigt sich, dass trotz Gleichstellungsartikel in der schweizerischen Bundesverfassung Frauen und Männer nach wie vor unterschiedliche Ausbildungsgänge wählen. So sind – und das betrifft nicht zuletzt auch unseren Bereich – die Männer in den Sozial- und Pflegeberufen nach wie vor stark untervertreten.

Abschliessend möchten wir noch darauf hinweisen, dass unser Studienbereich auch für die Publikationsreihe "Differenzen" verantwortlich ist. Nach zwei Bänden mit Schwerpunkt "Soziale Ungerechtigkeiten" (2008) und "Soziale Ungleichheiten" (2010) ist der dritte Band "Delinquenz und Bestrafung. Diskurse, Institutionen und Strukturen" (Herausgeber: Monica Budowski, Michael Nollert, Chris Young) vor einigen Wochen beim Seismo-Verlag erschienen. Der vierte Band "Private Macht im Wohlfahrtsstaat. Akteure und Institutionen" steht kurz vor der Publikation.

Wir wünschen eine interessante und inspirierende Lektüre.

*Monica Budowski und Michael Nollert*

## **Heterogenitäten und Ungleichheiten: Zwei Seiten sozialer Differenzen**

Ivo STAUB, Universität Freiburg

*Soziale Ungleichheit* bezeichnet gemeinhin die dauerhafte, ungleiche Verteilung von Lebenschancen, Handlungsmöglichkeiten und wichtigen Ressourcen, so dass die einen Menschen dank ihrer gesellschaftlichen Position systematisch mehr bekommen als andere. Ungleiche Verteilungen können auch per Zufall oder von Natur aus entstehen, hier geht es jedoch um solche, die von uns Menschen geschaffen werden. Dabei stellt sich die Frage nach den Ursachen der sozialen Ungleichheit: Warum sind eigentlich die einen Personen gesellschaftlich besser gestellt, haben ein grösseres Vermögen und Einkommen oder eine höhere Lebenserwartung als andere Personen? Die Suche nach dazugehörigen Antworten ist eine wichtige Aufgabe der Soziologie und zahlreiche Theorien und Forschungen widmeten sich diesem Problem.

Die Erklärungen von sozialer Ungleichheit haben sich im Verlauf der Kulturgeschichte fundamental geändert. Etwas überspitzt (und eurozentrisch) dargestellt, wurden die Ungleichheiten in früheren Epochen durch natürliche Gegebenheiten, durch Unterschiede in den Wesenszügen der Menschen oder mit übernatürlichen Begründungen erklärt. So waren bspw. für Aristoteles die Sklaven von Natur aus beseelte und belebte Werkzeuge, die der Besitzer nach seinem Gutdünken verwenden konnte (Aristoteles 1998), in der Bibel wurde die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen u.a. mit dem Hinweis, dass Gott zunächst Adam schuf und dann erst Eva, begründet (bspw. 1.Mose 2,18-22; 1.Timotheus 2:8-15) und auch die Ständeordnung der europäischen Ancien Régimes wurde mit Verweis auf religiöse Argumente legitimiert (vgl. Abels 2009:266-272). Mit der Aufklärung und den grossen politischen Revolutionen etablierte sich zunehmend die Idee, dass wir Menschen grundsätzlich gleich seien und dass wir durch gesellschaftliche Mechanismen erst soziale Ungleichheiten schaffen (bspw. Rousseau 1755; Sieyès 1789). Demgegenüber wurden Begründungen von sozialer Ungleichheit, die sich auf natürliche oder übernatürliche Gegebenheiten berufen, im Verlauf der Zeit immer weniger akzeptiert. Bis die Vorstellung, dass alle Menschen grundsätzlich gleich sind und die gleichen Rechte haben sollen, sich vollständig durchsetzte und zur dominierenden Idee wurde, dauerte es eine ganze Weile: davon zeugt bspw. die sehr späte Einführung vom Stimm- und Wahlrecht für Frauen in der Schweiz (auf eidgenössischer Ebene: 1971). Heutzutage scheint es jedoch so, dass eine offensichtliche Ungleichbehandlung von verschiedenen Bevölke-

rungsgruppen erklärungsbedürftig ist. Denn die Idee, dass alle Menschen grundsätzlich gleich sind, sprich: eine gleiche Würde, einen gleichen Wert und die gleichen Rechte haben, wird sehr breit geteilt und gehört wohl zum Kern des Selbstbilds von aufgeklärten Gesellschaften.

Gleichzeitig ist es offenkundig, dass es in allen Gesellschaften soziale Ungleichheit in der einen oder anderen Form gibt. Die Sozialwissenschaften haben schon früh versucht, diese mit Mechanismen der Ungleichheitsproduktion zu erklären. Mit der Zeit haben sie ein breites Repertoire an Theorien und Konzepten entwickelt, welche die sozialen Ursachen von Ungleichheit thematisieren. Die hier vorgestellte Sichtweise besagt, dass es zwischen den Menschen zahlreiche *Ungleichartigkeiten*, resp. Heterogenitäten oder horizontale Ungleichheiten, gibt. Zudem existieren auch *Ungleichwertigkeiten*, resp. soziale Ungleichheiten oder vertikale Ungleichheit. Die horizontalen und vertikalen Ungleichheiten sind praktisch immer miteinander verknüpft, wobei die Heterogenitäten durch soziale Mechanismen in Ungleichheiten überführt werden. Eine Auswahl an besonders zentralen Mechanismen der Ungleichheitsproduktion werden in der Folge dargestellt: funktionale Arbeitsteilung (Davis und Moore 1945), soziale Schliessung (Weber [1922] 1985; Parkin 1979) und Ausbeutung (Marx und Engels [1848] 1999, Wright 1979). Diese allgemeinen Mechanismen, so die hier vertretene Vorstellung, wirken in allen Gesellschaftsbereichen, etwa in der Schule, dem Markt, dem Staat, in Familien und Organisationen, und stellen so das hierarchische Gefüge der Sozialstruktur her.

### **Horizontale und vertikale Ungleichheiten**

Um die Vielzahl der sozialen Differenzen besser fassbar zu machen, lohnt es sich, diese in zwei Gruppen einzuteilen: horizontale und vertikale Ungleichheiten (vgl. Diebold und Faist 2011). Das ist eine rein analytische Trennung, um das Problem der sozialen Differenzen besser zu verstehen.

Die *horizontalen Ungleichheiten* beschreiben eigentlich nur *Ungleichartigkeiten* zwischen den Menschen: so unterscheiden sich die Menschen bspw. in ihrer Muttersprache, der Religions- und Konfessionszugehörigkeit, nach ihrem Lieblingsfrühstück oder ihrer Ausdrucksweise. Offensichtlich gibt es unzählige solcher Heterogenitäten. Eine Form sind die so genannten askriptiven Merkmale (auch: zugeschriebene Merkmale). Das sind Merkmale, die ein Mensch quasi mit der Geburt bekommt und die (fast) nicht veränderbar sind: u.a. das Geschlecht, die Nationalität, die Hautfarbe, die sexuelle Orientierung aber auch das Lebensalter. Eine andere Form von Heterogenitäten sind kulturelle und soziale Orientierungen: bspw. musikalische Vorlieben, ästhetische Präferenzen, der Lebensstil oder auch die Weltanschauungen und politische Orientierungen. Gemeinhin sind das Merkmale, die vom Individuum im Verlauf des Lebens erworben werden und die sich über die Biographie hinweg verändern.

Eine abschliessende Form von Heterogenitäten sind solche, die im Bildungs- und Arbeitsleben entstehen und die in der heutigen Zeit eine besonders wichtige Grundlage für soziale Ungleichheiten bilden. Das sind also Ungleichartigkeiten zwischen den Menschen bezüglich ihrer Ausbildung und ihrer Arbeit. Diese sind nicht per se mit einer gesellschaftlichen Besser- oder Schlechterstellung verbunden, denn erst durch soziale Mechanismen, bspw. Prozesse auf dem Arbeitsmarkt, kommt es zu Vor- und Nachteilen zwischen den Berufsgruppen.

Unter *vertikalen Ungleichheiten*, resp. *Ungleichwertigkeiten*, wird hier „*die sozial erzeugte Verteilung von Handlungsressourcen und -restriktionen*“ verstanden (Rössel 2009:21). Es geht hier um Ungleichheiten in der Ausstattung von Bildung, Geld, Prestige, Macht etc. sowie die ungleiche Verteilung von Möglichkeiten zur Erlangung und Nutzung dieser Ressourcen (wie Beteiligungschancen, Verwirklichungschancen, Lebenschancen). Es gibt bei der vertikalen Ungleichheit durchaus eine Vielzahl an unterschiedlichen Dimensionen.<sup>1</sup> Dabei kann eine Person in einem Aspekt gut (bspw. eine sehr gute Ausbildung) und in einem anderen Aspekt dagegen schlecht (bspw. Erwerbslosigkeit und Armut) positioniert sein.

Die horizontalen und vertikalen Ungleichheiten hängen im Alltag praktisch immer miteinander zusammen, so dass sich Gruppenzugehörigkeit stark auf Lebenschancen auswirken. Dazu schrieb der einflussreiche Sozialwissenschaftler Charles Tilly (1998:7): „Large, significant inequalities in advantages among human beings correspond mainly to categorical differences such as black/white, male/female, citizen/foreigner, or Muslim/Jew rather than to individual differences in attributes, propensities or performances.“

Die Wichtigkeit von einzelnen Kategorien für die Erzeugung von sozialen Ungleichheiten verändert sich zudem über den Verlauf der Zeit hinweg: bspw. hatten gemäss Ralf Dahrendorf (1965:48) „die drei großen Gruppen der Landkinder, der Arbeiterkinder und der Mädchen, zu denen mit gewissen Einschränkungen als vierte katholische Kinder kommen“ den geringsten Erfolg beim Bildungserwerb im Deutschland der 1960er-Jahre. Das hat sich in der Zwischenzeit jedoch stark verändert. So schrieb Rainer Geißler kürzlich (2005:95): „*Die Kumulation der mehrdimensionalen Benachteiligungen hat sich von der Arbeitertochter zum Migrantensohn aus bildungsschwachen Familien verschoben*“.

### **Klassische Mechanismen der Ungleichheitsproduktion**

Wie entsteht nun die ungleiche Verteilung von Handlungsressourcen und -restriktionen? In der soziologischen Theorie wurden diesbezüglich mehrere, allgemeine Mechanismen vorgeschlagen, welche die Erzeugung sozialer Ungleichheiten

---

<sup>1</sup> So unterschied bspw. Pierre Bourdieu (1983) zwischen ökonomischem, (inkorporiertem, objektiviertem, institutionalisiertem) kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital.

erklären sollen. Diese verschiedenen Mechanismen, so die Vorstellung, wirken in zahlreichen Gesellschaftsbereichen und haben sich in vielfältiger Form institutionalisiert. Eine Auswahl davon soll hier vorgestellt werden: das Leistungsprinzip, die soziale Schliessung und die damit eng verwandte Diskriminierung sowie die Ausbeutung.<sup>2</sup>

Die Entlohnung nach dem *Leistungsprinzip*, resp. das meritokratische Modell, ist zentral für das Selbstbild der liberalen Gesellschaften von heute. Dieses setzt sich von einer Güterverteilung nach dem Bedürfnisprinzip, dem Gleichheitsprinzip oder dem Zufallsprinzip ab. Nach diesem Modell soll die Belohnung nach Leistung, Talent und Qualifikation einer Person sowie dem Angebot und der Nachfrage nach diesen Leistungen, Talenten und Qualifikationen erfolgen. Idealerweise geschieht dies, ohne die anderen Merkmale (bspw. das Geschlecht) einer Person zu berücksichtigen: *es ist egal, wer du bist, wichtig ist, was du leistest*. In diesem Verständnis entsteht die Ungleichheit auf Grund von marktförmigen Mechanismen, wobei Angebot und Nachfrage die Entlohnung und die gesellschaftliche Stellung eines Menschen bestimmen.

Eine soziologische Formulierung dieses Ansatzes findet sich in der funktionalen Schichtungstheorie von Davis und Moore (1945): durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung entsteht eine Vielzahl an Positionen, die sich in ihrer Wichtigkeit und den Qualifikationsanforderungen differenzieren. Die Menschen, die über geeignete Talente und Fähigkeiten verfügen, müssen nun dazu motiviert werden, wichtige Positionen zu übernehmen. Diese Motivation besteht aus einer hohen Belohnung, bspw. in Form von Einkommen und Ansehen. Ohne diese Belohnung würden die besten Personen die entsprechenden Positionen angeblich nicht übernehmen. Die Kritik an dieser Theorie betont u.a., dass nicht klar ist, was eine gesellschaftlich wichtige Position ist (sind Manager wirklich wichtiger als Krankenpfleger?) und dass die Knappheit an Talent nur behauptet, aber nicht nachgewiesen, wird (vgl. Tumin 1953). Neben der funktionalen Schichtungstheorie existieren noch andere theoretische Varianten des Leistungsprinzips im politischen Alltagsdenken aber auch in der Wissenschaft (bspw. Humankapitaltheorie, neo-klassische Arbeitsmarkttheorie).

Wenn das Leistungsprinzip die alleinige Form der Positionszuweisung wäre, dann sollte es keinen systematischen Zusammenhang von Gruppenzugehörigkeit und vertikaler Positionierung in der Sozialstruktur geben.<sup>3</sup> Denn nur individuelle Leistungen und Qualifikationen wären für die Verteilung von Lebenschancen wichtig und nicht die anderen Merkmale einer Person.

---

<sup>2</sup> In der soziologischen Literatur finden sich noch andere Mechanismen der Ungleichheitsproduktion, die hier nicht genauer vorgestellt werden (siehe Diewald und Faist 2011), da diese meines Erachtens weniger wichtig sind.

<sup>3</sup> Das ist etwas überspitzt dargestellt. Mit gewissen Gruppenzugehörigkeiten gehen Einschränkungen in den Leistungsmöglichkeiten einher (bspw. Kleinkinder, betagte Menschen, bestimmte Krankheiten und Behinderungen), die sich in niedrigeren Belohnungen ausdrücken würden.



Ein weiterer Verteilungsmechanismus ist die soziale Schliessung (insb. Weber [1922] 1985; Parkin 1979) sowie die damit verknüpften Konzepte Chancenhortung, Diskriminierung, Inklusion und Exklusion. Die Grundidee der sozialen Schliessung ist, dass dem freien Wirken von Angebot und Nachfrage ein Riegel geschoben wird und künstliche Hürden im Zugang zu Positionen, Ressourcen, Macht, Prestige und Privilegien aufgebaut werden. Akteursgruppen versuchen demnach die freie Konkurrenz zu beschränken, da diese unangenehm ist. Es soll nur eine bestimmte Gruppe von Personen Zugang zu einer Position oder einer Ressource haben, wobei die Zugehörigkeit mittels einer geschlossenen, sozialen Beziehung reguliert wird. Ein Personenkollektiv versucht die gesellschaftlichen Regeln (oftmals staatliche Gesetze) so zu verändern, dass die eigene Gruppe davon profitiert, während die anderen ausgeschlossen werden. Als Illustration kann man die zahlreichen Privilegien betrachten, die mit bestimmten Diplomen oder einer bestimmten Staatsbürgerschaft einhergehen. Soziale Schliessung kann bspw. anhand von erworbenen Bildungstiteln (nur Personen mit einer anerkannten medizinischen Ausbildung dürfen als Ärzte tätig sein) aber auch aufgrund von askriptiven Merkmalen erfolgen (der langjährige Ausschluss von Frauen vom Stimm- und Wahlrecht). Ausschlussmechanismen können auch rein informell, in Form von Diskriminierung, vonstatten gehen: bspw. wenn ein Arbeitgeber lieber junge Männer als junge Frauen einstellt, da diese mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit schwanger werden, was für den Arbeitgeber mit einem unerwünschten Zusatzaufwand verbunden ist. In einem solchen Fall spricht man von statistischer Diskriminierung. Auch Stereotypen und Vorurteile funktionieren nach einer ähnlichen Logik: es gibt Benachteiligungen und Bevorzugungen aufgrund von sozialen Heterogenitäten.

Der Zugang zu Positionen und Entlohnung erfolgt bei der sozialen Schliessung nach bestimmten Merkmalen der Person und nicht nach deren Leistungen. Dieser Mechanismus ist also eine mögliche Erklärung, wie aus horizontalen Differenzen vertikale Ungleichheiten gemacht werden.

Ein weiterer Mechanismus, der in der Soziologiegeschichte eine wichtige Rolle spielt, ist die *Ausbeutung* (Marx und Engels [1848] 1999). Hinter diesem Konzept, das offensichtlich eine polemische Bezeichnung hat, steckt folgende Idee: mehrere Personen (resp. Personengruppen) erschaffen in einem kooperativen Projekt einen Mehrwert, der zwischen den Personen aufgeteilt wird. Wenn nun eine Gruppe durch ihre Macht einen überproportional grossen Anteil des geschaffenen Mehrwerts abschöpfen kann, dann kann man von Ausbeutung sprechen (vgl. Wright 1979; Tilly 1998). Wer wie viel bekommt, ist in dieser Sichtweise primär eine Machtfrage und keine Frage der Leistung der einzelnen Personen. Im klassischen Werk von Marx und Engels geht es bekanntermassen um die Gruppen der Bourgeoisie und dem Proletariat, wobei die Kapitalbesitzer die Arbeiter ausbeuten und die Früchte ihrer Arbeit aneignen. Ausbeutung kann aber in anderen Kontexten vorkommen. Wenn man unter

Ausbeutung die Mehrwertaneignung in einem kooperativen Vorhaben versteht, dann kann man auch die Entlohnung in Firmen und anderen hierarchischen Organisationen als potentielle Ausbeutung betrachten. Bei einer Organisation, in der eine grosse Zahl an Mitarbeitern arbeitet, kann man den Beitrag des Einzelnen zum Gesamtgewinn nicht präzise einschätzen. So ist es unmöglich, die Leistung und Entlohnung genau aufeinander abzustimmen. Die Entlohnung der einzelnen Mitarbeiterinnen ist so primär eine Machtfrage zwischen unterschiedlichen Personen (resp. Personengruppen). Wenn also Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände über die Höhe der Bezahlung von Arbeitern streiten, dann zeugt das von der Wirkung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen auf die soziale Ungleichheit.

Ausbeutungsbeziehungen sind also eine weitere Abweichung von der leistungsgerechten Entlohnung. Inwieweit dieser Mechanismus zur Erklärung vom Zusammenhang von horizontaler und vertikaler Ungleichheit dient, sei dahingestellt. Mir scheint dieser Mechanismus besonders bei der Erklärung der Reproduktion von vertikalen Ungleichgewichten nützlich. Mächtige Gruppen können bei der Aufteilung wichtiger Ressourcen ihre Macht einsetzen, den Löwenanteil des Mehrwerts erkämpfen und damit ihre Macht zementieren.

## **Fazit**

Die vorgestellten Mechanismen tragen zur Herstellung von sozialer Ungleichheit und zur Überführung von Heterogenitäten in Ungleichheiten bei. Sie schliessen sich nicht gegenseitig aus und können gleichzeitig wirken: so kann die Position eines Individuums in der Sozialstruktur von seinen Leistungen *und* seinen Gruppenzugehörigkeiten bestimmt sein. Die Mechanismen wirken, so die Vorstellung, in allen Gesellschaftsbereichen: in der Schule, in der Arbeitswelt, in der Politik, im Haushalt etc. Überall kann es zu leistungsbezogener Verteilung von sozialen Ressourcen, aber auch zu sozialer Schliessung, Diskriminierung und Ausbeutung kommen. Der konkrete Nachweis, welche Mechanismen in einer bestimmten Situation wirken, muss jedoch am Einzelfall erfolgen.

## **Literatur**

- Abels, Heinz (2009). *Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag
- Aristoteles (1998). *Politik. Schriften zur Staatstheorie*. Stuttgart: Reclam.
- Bourdieu, Pierre (1983). „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital.“ In: Kreckel, Reinhard (Hg.). *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)* (183-198). Göttingen: Otto Schwartz.
- Dahrendorf, Ralf (1965). *Bildung ist Bürgerrecht*. Hamburg: Nannen.

- Davis, Kingsley und Wilbert E. Moore (1945). Some Principles of Stratification. *American Sociological Review*, 19(2), 242-249.
- Diewald, Martin und Thomas Faist (2011). Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten: Soziale Mechanismen als Erklärungsansatz zur Genese sozialer Ungleichheit. *Berliner Journal für Soziologie*, 21(1), 91–114.
- Geißler, Rainer (2005). „Die Metamorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfungen“. In: Berger, Peter A. und Heike Kahlert (Hg.). *Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungssystem Chancen blockiert* (71-100). Weinheim: Juventa.
- Marx, Karl und Friedrich Engels [1848] (1999). *Manifest der Kommunistischen Partei*. Stuttgart: Reclam.
- Parkin, Frank (1979). *Marxism and Class Theory. A Bourgeois Critique*. New York: Columbia University Press.
- Rössel, Jörg (2009). *Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rousseau, Jean-Jacques (1755). Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes. Amsterdam.
- Sieyès, Abbé Emmanuel Joseph (1789). *Qu'est-ce que le Tiers-Etat?* Paris.
- Tilly, Charles (1998). *Durable Inequality*. Berkeley: University of California Press.
- Tumin, Melvin M. (1953). Some Principles of Stratification: A Critical Analysis. *American Sociological Review*, 18(4), 387-394.
- Weber, Max [1922] (1985). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Wright, Erik Olin (1979). *Class Structure and Income Determination*. New York: Academic Press.



## **Kulturelle Differenzen: Bedrohung der sozialen Kohäsion oder bereichernde Vielfalt?**

Michael NOLLERT, Universität Freiburg

Die Frage, inwiefern kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion bedrohen oder Gesellschaften bereichern, ist nicht leicht zu beantworten. Im massenmedialen und sozialwissenschaftlichen Diskurs lassen sich mindestens drei Argumentationsfiguren erkennen, die sich z.T. diametral widersprechen. Während die pessimistische Kulturkonflikt-These die desintegrativen Wirkungen von kulturellen Differenzen betont, verweisen der Multikulturalismus und das Diversity-Paradigma vornehmlich auf positive Aspekte. Für die Analyse und Bewältigung von Integrationsdefiziten sind jedoch all diese Ansätze nicht fruchtbar. Im Gegenteil: Sie reduzieren die Identität von Menschen auf Zugehörigkeiten zu kulturell definierten Kollektiven und ignorieren ökonomische Differenzen, gemessen an der Einkommens- und Vermögenskonzentration.

### **Kulturelle Differenzen als Bedrohung?**

Die *Kulturkonflikt*-These genießt momentan eine grosse Resonanz in politischen Diskursen. Im Sinne der strukturfunktionalistischen Prämisse, dass soziale Integration ein Dach an gemeinsamen Werten und Normen voraussetzt, wird behauptet, dass kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion gefährden. Dabei wird in Europa vornehmlich auf die unversöhnlichen Differenzen zwischen der christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft und muslimischen MigrantInnen hingewiesen. Aber auch ein Blick in die Geschichte unterstützt durchaus die Ansicht, dass insbesondere religiöse Differenzen allzu oft Anlass für grausame Auseinandersetzungen gewesen sind (Schweizer 2002).

Die Ansicht, dass kulturelle Differenzen kaum überbrückbar sind, wurde nicht zuletzt durch Samuel Huntingtons *Kampf der Kulturen* (The Clash of Civilizations, 1998) zementiert und popularisiert. Dass diese Theorie derart Anklang findet und der 2008 verstorbene Huntington damit auf der ganzen Welt für volle Hörsäle sorgte, mag vor allem das Ergebnis ihres schlichten Weltbilds sein, das ähnlich wie der Vulgärmarxismus und -feminismus oder die Elitetheorie auf singuläre Differenzen fokussiert und folglich übersichtliche Konfliktkonstellationen postuliert.

Ihr simples Schwarz-Weiss-Schema, das Grautöne ignoriert, ist indes auch ihre grosse Schwäche. Fakt ist jedenfalls, dass sich die Theorie an einem holistischen Verständnis von Kultur orientiert und dabei Zugehörigkeiten zu Religionen einen zu grossen Stellenwert einräumt. Mit anderen Worten: die sogenannten Zivilisationen sind keineswegs so homogen, wie das Huntington behauptet (siehe z.B. Todorov 2010). Dafür spricht nicht zuletzt, dass Auseinandersetzungen innerhalb von Zivilisationen häufig heftiger sind und waren als zwischen Zivilisationen.

So ist etwa der Konflikt zwischen Muslimen in vielen Regionen der Weltgesellschaft - denken wir nur an Bahrain (Sunniten versus Schiiten) oder an Syrien (Sunniten versus eine Allianz von Shiiten und Alawiten) - ungleich brutaler als etwa zwischen Christen und Muslimen in Europa. Frank-Olaf Radtke (2011) fügt im Hinblick auf den Boom an interkulturellem Dialog kritisch hinzu: „In keinem Fall sind Kulturen Akteure, die handeln könnten. Wenn sie aber keine Sprecher haben können, die legitimiert wären, für sie den Dialog einzutreten und über etwas sachhaltig zu streiten oder etwas auszuhandeln, wer tritt dann in den Dialog? (...) Die soziologisch bedeutsame Frage ist also nicht, was Kulturen tun oder lassen, sondern wie Kultur als Kommunikat funktioniert, wie es Bestandteil sozialer Kommunikation wird, wie und wozu kulturelle Unterscheidungen hervorgebracht und mitgeteilt werden und was ihre kommunikative Verwendung bewirkt“. (S. 44f.)

Aus soziologischer Sicht ist indes vor allem bedenklich, dass die Theorie sowohl die ökonomische Differenzierung von Gesellschaften als auch die konfliktdämpfende Wirkung von Individualisierung im Sinne Georg Simmels Metapher von der „Kreuzung sozialer Kreise“ (Nollert 2010) ausblendet. So vernachlässigt die Theorie u.a., dass viele religiöse Konflikte primär Ausdruck ökonomischer Interessengegensätze sind und sich Menschen nicht auf ihre religiöse Identität reduzieren lassen.

Amartya Sen (2006) brachte das folgendermassen auf den Punkt: „Wenn man die Weltbevölkerung nach Zivilisationen oder Religionen unterteilt, gelangt man zu einer „solitaristischen“ Deutung der menschlichen Identität, wonach die Menschen einer und nur einer Gruppe angehören (die hier durch Zivilisation oder Religion definiert ist, während man früher die Nationalität oder die Klassenzugehörigkeit in den Vordergrund stellte).

Mit einer solitaristischen Deutung wird man mit ziemlicher Sicherheit fast jeden Menschen auf der Welt missverstehen. Im normalen Leben begreifen wir uns als Mitglieder einer Vielzahl von Gruppen - ihnen allen gehören wir an.“ (S. 8)

### **Kulturelle Differenzen als Bereicherung?**

Ungleich optimistischer werden kulturelle Differenzen aus der Perspektive des Multikulturalismus- und des Diversity-Paradigmas gesehen. Kulturelle Differenzen bilden aus Sicht beider Perspektiven bereichernd und gar produktiv und wirken folglich inte-

grativ. Parallel zur Postmoderne in der Soziologie, die eine «Entstrukturierung» des Sozialen vermutete (Nollert 2008), gewinnt seit den 1980er-Jahren im politischen Diskurs über die Integration von MigrantInnen die Vorstellung an Boden, dass moderne Gesellschaften von kultureller Heterogenität geprägt sind und es daher Sinn mache, den seit der Französischen Revolution diffundierten, eurozentrischen Universalismus, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität im nationalstaatlichen Rahmen fordert, zu hinterfragen.

So rückte der *Multikulturalismus* den Anspruch auf Anerkennung von kulturellen Differenzen mit dem Argument in den Vordergrund, dass die Verwirklichung der kulturellen Identität für den Menschen wichtiger sei als die Realisierung materieller Ansprüche (Taylor 1993). Diese Fokussierung auf Anerkennung fand insbesondere in der britischen Politik eine grosse Resonanz. So wird seit dem Amtsantritt Margret Thatchers 1979 bei sozialen Unruhen vorzugsweise argumentiert, dass dafür nicht materielle Benachteiligungen, sondern die mangelnde Selbstachtung verantwortlich sind und daher keiner sozialstaatlichen Intervention, sondern der therapeutischen Behandlung bedürfe. Entsprechend verlangt der britische Staat von seinen Staatsbürgern keine Assimilation, sondern bietet ihm und toleriert die Entfaltung seiner kulturellen Identität in geschlossenen Lebensräumen wie etwa den Londoner Stadtteilen Acton oder Southall, die im deutschsprachigen Raum neuerdings als «Parallelgesellschaften» bezeichnet werden.

Auch wenn Vertreter des *Diversity*-Paradigmas gleichermaßen kulturelle Vielfalt anpreisen, fordern sie nicht primär die Anerkennung von kulturellen Spezifika, sondern eine Gleichbehandlung u.a. von Individuen mit unterschiedlichen kulturellen Merkmalen im Hinblick auf den Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Ressourcen. Ein Meilenstein der *Diversity*-Bewegung war zweifellos in den 1960er-Jahren die Realisierung der von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung geforderten *Affirmative Action*, wonach diskriminierten sozialen Gruppen wie etwa den Schwarzen eine Quote oder zumindest eine Kompensation der strukturellen Benachteiligung gewährt wird.

Auch wenn in Nordamerika und Europa bislang die Hautfarbe und das Geschlecht als benachteiligende Merkmale im Vordergrund standen, ist grundsätzlich denkbar, dass auch kulturelle Merkmale wie Religion oder ein bildungsfernes Herkunftsmilieu eine *positive Diskriminierung* fundieren. Besonders weit geht diesbezüglich Brasilien, wo bei der Vergabe der Studienplätze an Bundesuniversitäten nicht mehr nur die ethnische Zusammensetzung berücksichtigt wird, sondern neuerdings 50% der Studienplätze für Schülerinnen und Schüler reserviert bleiben, deren Eltern sich keine Privatschule leisten können (NZZ 2012).

Gegen soziale Diskriminierung von kulturellen Minderheiten und für mehr Chancengleichheit ist auch das populäre *Diversity-Management* in Unternehmen gerichtet. Dabei werden kulturelle Differenzen nicht bloss als Bereicherung bewertet, sondern

es wird gar versucht, diese Vielfalt im Hinblick auf den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Entsprechend ist auf den ersten Blick auch häufig nicht erkennbar, ob das Diversity-Management eher auf mehr Gerechtigkeit oder mehr Gewinnmaximierung oder beides abzielt.

Auch in der Schweiz hat sich das Diversity-Management inzwischen vor allem bei grossen Betrieben etabliert. So verlangt z.B. der Bundesrat u.a. im Hinblick auf die Förderung der Mehrsprachigkeit von all seinen Departementen, Ämter und Betrieben der Bundesverwaltung, dass sie Ziele und Massnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit erarbeiten und umsetzen.

Novartis schreibt auf ihrer Webseite: «Am Hauptsitz von Novartis in Basel arbeiten Menschen aus über 90 verschiedenen Nationen zusammen. Diese «Diversity» als bewusst *«gepflegte Vielfalt an Kulturen, Geschlechtern und Altersgruppen»* innerhalb der Belegschaft, ist nachweislich auch ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Bei Novartis wird Diversity im Sinne von «Inclusion» definiert: Eine aktive Miteinbeziehung des «Anderseins» steht dabei im Vordergrund – und die chancengleiche Nutzung facettenreicher Erfahrungswerte in der täglichen Zusammenarbeit.»

Sowohl der Multikulturalismus als auch das Diversity-Paradigma teilen indes als Schwäche (siehe auch Sheikhzadegan in diesem Newsletter), dass sie sich wie Huntington an einem holistischen Kulturmodell orientieren, das die menschliche Identität auf ein Merkmal reduziert und damit eine «solitäre Identität» suggeriert.

Ein weiteres Problem, mit dem vornehmlich der Multikulturalismus konfrontiert ist, bildet die Frage, wieviel Verletzung zentraler Menschenrechte man einer kulturellen Minderheit einräumen soll. In der Tat fordert der Multikulturalismus nicht die Integrität von Individuen, sondern von Kollektiven, mit der Konsequenz, dass sich ein Individuum unter Umständen eine nicht mit liberalen Grundrechten konforme Sanktion über sich ergehen lassen muss. Diesem Fallstrick ist sich auch die UNESCO, die ansonsten für eine möglichst breite Vielfalt an kultureller Diversität plädiert, bewusst. Entsprechend empfiehlt sie, nicht alle religiöse Praktiken - wie etwa Genitalverstümmelungen oder Witwenverbrennungen - nur deshalb zu erlauben, weil sie zu mehr Vielfalt beitragen.

Das universalistisch geprägte Diversity-Paradigma ist dagegen vornehmlich dem Vorwurf ausgesetzt, dass positive Diskriminierung zwar Chancenungleichheiten kompensiert, zugleich aber die makrosoziale Verteilungsstruktur unberührt lasse. Am heftigsten moniert dies Walter Benn Michaels (2006), der vor dem Hintergrund des Diversity-Booms in den USA davor warnt, dass das Diversity-Paradigma von der neo-liberalen Politik instrumentalisiert wird, um von der ansteigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration abzulenken:

---

1 Siehe <http://www.novartis.ch/careers/working-at-novartis/diversity.shtml>



---

«The argument, in its simplest form, will be that we love race - we love identity - because we don't love class. We love thinking that the differences that divides us are not the differences between those of us who have money and those who don't but are instead the differences between those of us who are black and those who are white or Asian or Latino or whatever.» (S. 6)

In der Tat ist nicht zu bestreiten, dass mit mehr Anerkennung und Respekt, aber auch mit mehr Lebenschancen für eine benachteiligte Kategorie von Menschen nicht automatisch die Einkommens- und Vermögenskonzentration sinkt. So ist z.B. nicht zwangsläufig damit zu rechnen, dass bei einer höheren Beteiligung von Frauen in den Chefetagen von Grossunternehmen wie etwa Novartis die Kluft zwischen der Topmanagerin, die gleich viel wie ihre männlichen Kollegen verdient, und ihrer männlichen Reinigungskraft, der gleich viel wie seine weibliche Kollegin verdient, abnimmt.

Dass der Abbau von sozialer Diskriminierung die Einkommens- und Vermögenskonzentration nicht tangieren muss, zeigt sich auch darin, dass z.B. in Südafrika die Vermögenskonzentration nach wie vor extrem hoch ist und die Einkommensungleichheit seit dem Ende des Apartheid-Regimes ansteigt und - was besonders zum Nachdenken anregen sollte - bei den Schwarzen nicht nur höher als bei den Weissen ist (Gini 2007: 0.62 versus 0.50), sondern auch stärker angestiegen ist (delta Gini 1993-2007: 0.08 versus 0.07) (Leibbrandt et al. 2010).

Als Zwischenfazit können wir also zum einen festhalten, dass der Multikulturalismus unterstellt, dass kulturelle Differenzen integrativ wirken, wenn der Staat die Identität und Integrität von Kollektiven schützt. Da die Politik der Anerkennung vergleichsweise wenig kostet, vermag es kaum mehr zu überraschen, dass der Multikulturalismus gut mit dem Neoliberalismus vereinbar ist. Entsprechend ist es kein Zufall, dass Grossbritannien seit Thatcher sowohl beim Abbau des Sozialstaats als auch bei der Tolerierung von räumlich-ethnischer Segregation Spitzenwerte einnimmt.

Zum andern ist erkennbar, dass die Diversity-Bewegung zwar Anerkennung von kultureller Differenz, im Gegensatz zum Multikulturalismus jedoch nicht normative Souveränität für Kollektive, sondern die Beseitigung von Chancenungleichheiten fordert, die auf der Zugehörigkeit zu kulturellen Kollektiven beruhen.

Obwohl beide Ansätze also bezüglich der Frage nach dem Primat individueller oder kollektiver Ansprüche diametral voneinander abweichen, ist beiden Ansätzen gemeinsam, dass sie eine integrative Kraft kultureller Differenzen unterstellen, sich an einem essentialistischen Kulturverständnis orientieren und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit jenseits des Prinzips, wonach Menschen unabhängig von kulturellen Merkmalen für die gleiche Leistung den gleichen Lohn erhalten sollten, ignorieren.

## Multiple Identitäten und sich kreuzende Konfliktlinien

Ein Blick auf die kritischen Einwände gegen die erwähnten Paradigmen spricht vorab dafür, sich von der monokausalen Vorstellung zu lösen, dass kulturelle Differenzen a priori die soziale Kohäsion bedrohen oder bereichernd wirken.

So überzeugt aus *mikrosoziologischer* Perspektive vor allem Sens Einwand, dass sich die Identität von Menschen nicht auf ihre Zugehörigkeit zu einem singulären Kollektiv reduzieren lässt. In diesem Sinne hat schon Simmel mit der Metapher von der «Kreuzung sozialer Kreise» deutlich gemacht, dass moderne Menschen dahingehend Individuen sind, als jeder Mensch über eine singuläre Mischung von Zugehörigkeiten zu verschiedenen Kollektiven (Gruppen, Netzwerken) verfügt.

Moderne Menschen internalisieren demnach - nicht wie das der Parson'schen Strukturfunktionalismus suggeriert - *eine* Kultur, sondern unterschiedliche kulturelle Ansprüche verschiedener sozialer Kreise. Folglich tragen nicht gemeinsame Werten und Normen, sondern Individualisierungsprozesse zur sozialen Kohäsion bei. Kurzum: Moderne Gesellschaften unterscheiden sich nicht durch Multikulturalität, sondern durch Transkulturalität von traditionellen.

Allerdings ist dabei durchaus im Sinne von Richard Sennett (2000, Kapitel 8) einzuräumen, dass die multiple Identität vielen Menschen Mühe bereitet und sie daher eine Sehnsucht nach Gemeinschaften entwickeln, deren Aktivitäten nicht a priori integrativ wirken. Tatsächlich radikalieren viele dieser Gemeinschaften kulturelle Differenzen, indem sie Andersdenkende und -gläubige ausgrenzen (Plessner 2002) und bestenfalls das Nebeneinander dem Miteinander gegenüber vorziehen. Dabei ist zu beachten, dass die punktuelle Devianz dieser Gemeinschaften die soziale Kohäsion innerhalb der Mehrheitsgesellschaft eher fördert. Sobald der Radikalismus jedoch in eine soziale Bewegung mündet, steht auch die soziale Stabilität auf dem Spiel.

Aus einer *makrosoziologischen Perspektive* sind die erwähnten Paradigmen wiederum deshalb bedenklich, weil sie politische und vor allem ökonomische Differenzen ausblenden bzw. suggerieren, dass ein „richtiges“ Management kultureller Differenzen ausreicht, um die soziale Kohäsion und Integration zu sichern. Fakt ist indes, dass Gesellschaften nicht nur kulturell, sondern auch funktional und ökonomisch vertikal differenziert sind und daher eine Vielzahl von Differenzen miteinander interagieren.

So gilt es zu beachten, dass kulturelle Differenzen durchaus integrierend wirken können, und zwar dann, wenn sie eine andere Konfliktlinie kreuzen. So ist absehbar, dass in einem religiös homogenen Kontext wie etwa Schweden ökonomische Ungleichheiten ein grösseres Konfliktpotenzial bergen als etwa in der konfessionell und sprachlich gespaltenen Schweiz, wo reiche und arme Katholiken und Protestanten in den vier Sprachregionen im Alltag mit unterschiedlichen Differenzen konfrontiert ist. Kulturelle Differenzen wirken demzufolge vornehmlich dann desintegrativ, wenn sie

mit ökonomischen Differenzen korrelieren. So ist absehbar, dass die wirtschaftlichen Benachteiligung einer kulturell definierten Gruppe «horizontale Ungleichheiten» (Stewart 2008) generiert, die – wie die Geschichte zeigt (z.B. Sri Lanka, Südafrika) – irgendwann in politische Gewalt münden.

Der kurze Einblick in die soziologische Konfliktforschung zeigt, dass kulturelle Differenzen nicht – wie das von Huntington, dem Multikulturalismus- und Diversity-Paradigma behauptet wird – a priori eine Bedrohung oder eine Bereicherung bilden. Theorien, die einseitig auf kulturelle Differenzen fokussieren, helfen folglich weder bei der Analyse noch der Bewältigung sozialer Integrationsdefizite weiter. Im Gegenteil: Sie leisten nicht nur dem sozialwissenschaftlichen Kulturalismus Vorschub, sie laufen auch Gefahr, von politischen Akteuren instrumentalisiert zu werden, die den Universalismus individueller Grundrechte ausser Kraft setzen möchten.

### Literatur

- Benn Michaels, Walter (2006). *The Trouble with Diversity. How We Learned to Love Identity and to Ignore Inequality*. New York: Metropolitan Books.
- Huntington, Samuel P. (1998). *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München: Goldmann.
- Leibbrandt, Murray et al. (2010). *Trends in South African Income Distribution and Poverty since the Fall of Apartheid*, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 101.
- Nollert, Michael (2008). Soziale Entstrukturierung als Mythos – Fallstricke des „individualistic turn“ für die Soziale Arbeit, *Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit* 4, S. 81-97.
- Nollert, Michael (2010). *Kreuzung sozialer Kreise: Auswirkungen und Wirkungsgeschichte*. In: C. Stegbauer und R. Häussling (Hg.) *Handbuch Netzwerkforschung* (159-167). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- NZZ (2012). Mit Quoten gegen Zwei-Klassen-Universitäten, *Neue Zürcher Zeitung*, 10. August. Zugriff am 31. 8. 2012: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/mitquoten-gegen-zwei-klassen-universitaeten-1.17463713>
- Plessner, Helmuth (2002). *Grenzen der Gemeinschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Radtke, Frank-Olaf (2011). *Kulturen sprechen nicht. Die Politik grenzüberschreitender Dialoge*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Schweizer, Gerhard (2002). *Ungläubig sind immer die anderen. Weltreligionen zwischen Toleranz und Fanatismus*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Sen, Amartya (2007). *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Kampf der Kulturen gibt*. München: Beck.

Sennett, Richard (2000). *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Siedler.

Stewart, Frances (2008). *Horizontal Inequalities and Conflict. Understanding Group Violence in Multiethnic Societies*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Taylor, Charles (1993). *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Todorov, Tzvetan (2010). *Die Angst vor den Barbaren. Kulturelle Vielfalt versus Kampf der Kulturen*. Hamburg: Hamburger Edition.

## Vers une société sans classes?

Robin TILLMANN, FORS Lausanne

Parmi les nombreux débats qui agitent le champ des études sur la stratification sociale, celui au sujet du déclin, voire de la fin, des classes sociales est récurrent. Ainsi, depuis les années quatre-vingt, la discipline sociologique a connu une résurgence des thèses du déclin des classes sociales qui a provoqué d'importantes controverses, notamment dans les pays anglo-saxons (Clark et Lipset, 2001 ; Evans, 1999 ; Lee et Turner, 1996 ; Pakulski et Waters, 1996a, 1996b ; Therborn, 1986). En Suisse, cependant, les contributions, fondées empiriquement, qui s'inscrivent – plus ou moins directement – dans ce débat s'avèrent relativement rares.

Toute question relative aux classes sociales peut être évidemment abordée selon différentes perspectives ou niveaux d'analyse. Dès lors, afin de pouvoir déterminer en l'occurrence les conditions sous lesquelles une société peut être considérée, grosso modo, comme une société de classes ou, au contraire, une société sans classes, il faut se donner préalablement un cadre général d'analyse. En dépit de la multiplicité des théories, des représentations, des classes sociales, il est possible de repérer trois notions ou niveaux de la classe sociale (Lemel, 2004, 24-25). Premièrement, la littérature sociologique distingue la position de classe correspondant à une communauté objective de la position des individus dans la structure sociale et de leurs ressources. Deuxièmement, nous avons la classe-identité qui comporte des phénomènes objectifs tels que le degré d'homogamie ou d'homosocialité, les similitudes en matière de comportements, de pratiques ou d'opinions, mais aussi des éléments plus subjectifs comme le sentiment d'identité ou la conscience de classe, par exemple. Troisièmement, il y a la « classe-comme-acteur-historique » ; autrement dit, la classe sociale mobilisée dans des actions, des luttes, collectives. Ces différentes dimensions, particulièrement les deux premières, permettent de décrire, en termes de classes, l'état d'une société à un moment déterminé ; c'est-à-dire qu'elles autorisent l'appréhension de l'espace (objectif) des positions de classe d'une part, les comportements, les pratiques et les représentations qui y sont, ou non, associés d'autre part. Ainsi, l'analyse peut porter à la fois sur la structure de classe et les inégalités de conditions, sur les effets de la première sur ces dernières. À quoi s'ajoute, traditionnellement, la problématique de l'inégalité des chances ; soit, en particulier, les questions relatives à la distribution des individus dans les places qui constituent l'espace social (questions usuellement associées à l'étude de la mobilité sociale). Cette dernière, précisément son ampleur, a souvent été invoquée par les défenseurs des thèses de la fin des classes sociales ; en effet, selon eux, la mobilité sociale serait trop importante dans les sociétés contemporaines pour que des clas-

ses-identité puissent se former. À cet égard, il est possible d'avancer au moins deux objections majeures. En premier lieu, ce raisonnement prend en quelque sorte la partie pour le tout. Effectivement, une mobilité sociale forte n'affecterait qu'une des dimensions de la classe-identité (son identité temporelle, et encore une seule de ces facettes) et non pas nécessairement l'ensemble des dimensions possibles des classes sociales. Il s'agit donc là d'un cas de généralisation abusive ; une société « ouverte » ne serait en effet nullement en soi une société sans classes mais simplement une société plus « juste » pour les individus et/ou les lignées. En second lieu, la problématique de la mobilité sociale devrait être considérée comme seconde. En effet, la thématique de l'inégalité des chances d'accès aux positions qui constituent l'espace social n'a de sens que si ces positions s'avèrent plus ou moins hiérarchisées et associées à des inégalités de conditions ; dès lors, ce sont (chrono)logiquement ces derniers phénomènes qui doivent être étudiés prioritairement.

Compte tenu de ce qui précède, l'évaluation des thèses du déclin des classes sociales évoquée ici s'est appuyée sur une distinction entre, premièrement, la classe sociale objective (ou position de classe) et la répartition des ressources et, deuxièmement, la conscience et l'identité de classe.

C'est donc premièrement sur les caractéristiques de la structure de classe qu'il s'agit de tester les thèses du déclin des classes sociales. En effet, la dimension de l'évolution de la structure de classe est essentielle dans la mesure où les thèses en question reposent grandement sur l'affirmation d'une transformation radicale de celle-ci dans le sens en particulier d'une « moyennisation », soit de la constitution d'une vaste et majoritaire « classe moyenne ». Dès lors, si les thèses du déclin des classes sociales sont (empiriquement) réfutées en la matière, c'est probablement l'ensemble de leur (éventuelle) validité qui peut être mise en cause. Deuxièmement, les thèses du déclin des classes sociales peuvent être soumises à une épreuve empirique en matière de comportements et de valeurs dans le domaine politique. En effet, cette dimension est également centrale pour ces thèses puisque le constat (plus ou moins fondé) d'une dissolution de la « conscience de classe » a souvent débouché sur l'assertion plus générale de la fin des classes sociales.

En ce qui concerne l'évolution de la société suisse contemporaine en termes de structure sociale (de classes), il est en somme possible d'affirmer que, considérées comme un tout cohérent, les thèses du déclin des classes sociales sont réfutées dans le cas, pourtant a priori favorable, de ladite société. En effet, grosso modo, cette dernière est, quant à ce qui nous occupe ici, caractérisée par deux phénomènes. D'une part, on observe une augmentation ininterrompue des groupes qualifiés qui va de pair avec le maintien d'un ensemble relativement majoritaire de salariés « sans fonction hiérarchique » ; si l'on ne craignait pas les généralisations abusives, on pourrait parler d'une forme (au minimum potentielle) de « prolétarianisation » (au sens de dégradation des conditions d'emploi et de travail) des groupes qualifiés. D'autre part, l'analyse montre

une expansion continue des classes moyennes – par aspiration vers le haut de franges des classes populaires – qui n’empêche pas ces dernières de continuer à représenter une proportion similaire (de celle des classes moyennes) des forces de travail. Autrement dit, la société suisse contemporaine n’est pas plus une société de classes moyennes que de classes populaires, malgré les transformations qu’elle a connues, durant la période considérée, notamment à cause de la tertiarisation de l’économie. Si une comparaison internationale (rigoureuse) n’est pas aisée, il est néanmoins possible de se reporter à des résultats récents concernant le poids relatif des différentes positions de classe dans certains pays européens en fonction du schéma de classe « ESeC » (« European Socio-economic Classification »). En regroupant les catégories de ce schéma pour en former une version en trois classes – soit « salariat », « intermédiaire » et « working class » (Rose et Harrison, 2007, 470-471) –, on peut observer, en se basant sur les statistiques de Whelan et al. (2007, 268), que les classes moyennes (« intermédiaire ») et les classes populaires (« working class ») représentent une proportion semblable de la structure de classe (environ un tiers chacune). La persistance d’une part importante de classes populaires peut également être observée en Suisse selon le même schéma de classe (ESeC), soit environ un tiers également. Autrement dit, les classes populaires continuent de constituer une proportion considérable de la structure de classe, contrairement aux affirmations des thèses du déclin des classes sociales ; ce phénomène trouve également confirmation dans la littérature, notamment en ce qui concerne les cas de la France et des États-Unis (Bidou-Zachariasen, 2003 ; Chauvel, 2001a, 2001b).

Dans une société « démocratique », la sphère politique permet l’expression d’une volonté d’action (sous différentes formes) en vue de défendre ses intérêts, en particulier, de classe. La perspective classiste « traditionnelle » admet (Barone et al., 2007, 374) : (1) que dans les sociétés contemporaines, la position de classe est l’un des déterminants principaux des « chances de vie » individuelles ; (2) que les individus occupant une même position dans la structure de classe savent partager un « destin commun », soit font face à des contraintes et des opportunités similaires en matière de ressources matérielles, et en conséquence tendent à identifier des intérêts matériels collectifs ; (3) que ces mêmes individus opteront pour des orientations politiques communes et soutiendront les partis qui défendent leurs intérêts (soit, dans le cas particulier des classes populaires par exemple, les partis de gauche qui sont supposés mener des politiques égalitaristes et de redistribution). Cette perspective (classiste) a fait l’objet d’un intense débat – débouchant sur l’affirmation d’un déclin, voire de la fin, des classes sociales – notamment en ce qui concerne l’évolution du vote de classe au cours des dernières décennies (Clark et Lipset, 2001 ; Evans, 1999). Si, plus largement, on tient compte de plusieurs dimensions de la sphère politique (soit de l’abstention politique au sens large, du positionnement et de la mobilisation de classes, des attitudes face aux politiques de redistribution, enfin des attitudes sur un axe

culturel), il est somme toute permis de réfuter les thèses du déclin des classes sociales en matière de « conscience de classe ». En effet, de manière générale, on ne peut pas admettre qu'il existe un phénomène de (complet) désalignement entre les positions de classe et les comportements et valeurs politiques. Cette assertion permet en conséquence d'affirmer la persistance de l'intérêt de l'analyse en termes de classe de ces valeurs et comportements. Intérêt, d'ailleurs, que des recherches récentes mettent bien en évidence dans les domaines, entre autres, du positionnement idéologique (Barone et al., 2007), du vote (Evans, 2000 ; Oesch, 2008), des attitudes politiques au sens large (Kalmijn et Kraaykamp, 2007) ou encore de l'appartenance de classe (SurrIDGE, 2007).

Au total, les faits rassemblés dans la thèse sur laquelle se base cet article, leur accumulation et leur convergence, permettent de réfuter les thèses du déclin des classes sociales dans le cas de la société suisse contemporaine. En effet, la composante temporelle desdites thèses est infirmée puisque, d'une part, il n'y a pas de « moyennisation » de la société et que, d'autre part, en général, les relations, au fil du temps, entre la position de classe et les différents phénomènes étudiés relèvent d'une fluctuation sans tendance nette et non pas d'un déclin régulier. En outre, et pour reprendre les types de société de Chauvel (2003) pouvant constituer un cadre général d'évaluation des thèses du déclin des classes sociales, il est possible de soutenir qu'aujourd'hui la société suisse tend donc à ne pas être une société sans inégalité ni identité de classe (une « société sans classes »).

### Références bibliographiques

- Barone, Carlo, Mario Lucchini, and Simone Sarti. 2007. "Class and Political Preferences in Europe: A Multilevel Analysis of Trends Over Time." *European Sociological Review* 23(3):373-392.
- Bidou-Zachariassen, Catherine. 2003. "La réussite du modèle de la "moyennisation" de la société: contextes d'émergence et effets de champs." Pp. 81-90 in *Classes sociales: retour ou renouveau ?* Éditions Syllepse.
- Chauvel, Louis. 2001a. "Le retour des classes sociales ?" *Revue de l'OFCE* 79:315-359.
- . 2001b. "Un nouvel âge de la société américaine ? Dynamiques et perspectives de la structure sociale aux Etats-Unis (1950-2000)." *Revue de l'OFCE* (76):7-51.
- . 2003. "Inégalité, conscience et système de classes sociales: les contradictions de l'objectivité et de la subjectivité." *Comprendre* 4:129-152.
- Clark, Terry Nichols, and Seymour Martin Lipset. (eds.). 2001. *The Breakdown of Class Politics. A Debate on Post-Industrial Stratification*. Woodrow Wilson Center Press-The Johns Hopkins University Press.
- Evans, Geoffrey. (ed.). 1999. *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford University Press.



- 
- . 2000. "The Continued Significance of Class Voting." *Annual Review of Political Science* 3:401-417.
- Kalmijn, Matthijs, and Gerbert Kraaykamp. 2007. "Social stratification and attitudes: a comparative analysis of the effects of class and education in Europe." *The British Journal of Sociology* 58(4):547-576.
- Lee, David J., and Bryan S. Turner (eds.). 1996. *Conflicts about Class. Debating Inequality in Late Industrialism*. Longman.
- Lemel, Yannick. 2004. *Les classes sociales*. Presses Universitaires de France.
- Oesch, Daniel. 2008. "The Changing Shape of Class Voting." *European Societies* 10(3):329-355.
- Pakulski, Jan, and Malcolm Waters. 1996a. "The Reshaping and Dissolution of Social Class in Advanced Society." *Theory and Society* 25(5):667-691.
- . 1996b. "Misreading Status as Class: A Reply to Our Critics." *Theory and Society* 25(5):731-736.
- Rose, David, and Eric Harrison. 2007. "The European Socio-Economic Classification: a New Social Class Schema for Comparative European Research." *European Societies* 9(3):459-490.
- Surridge, Paula. 2007. "Class belonging: a quantitative exploration of identity and consciousness." *The British Journal of Sociology* 58(2):207-226.
- Therborn, Göran. 1986. "Class analysis: history and defence." Pp. 96-132 in *The Sociology of Structure and Action*, edited by Ulf Himmelstrand. Sage Publications.
- Whelan, Christopher T., Dorothy Watson, and Bertrand Maître. 2007. "Social Class Variation in Income Poverty, Deprivation and Consistent Poverty: An Analysis of EU-SILC." in *Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges*, edited by Eurostat. Office for Official Publications of the European Communities.



## **Soziale Ungleichheiten als Ausdruck unterschiedlicher Habitusausprägungen: Überlegungen für subjektorientierte Perspektiven in der Sozialstrukturforschung**

Stefan KUTZNER, Universität Siegen

In der Sozialpolitik ist soziale Ungleichheit ein grosses Thema, ist sie bestrebt, bestehende soziale Ungleichheiten zu verringern. Die Sozialpolitik folgt der allgemeinen Norm, dass alle Menschen gleich sind und deswegen allesamt die Chance auf ein glückliches und erfülltes Leben haben sollten. Durch das Glückversprechen der Aufklärung und der Demokratie werden vorhandene Ungleichheiten delegitimiert. Die Gleichheitsnorm bedeutet keineswegs, dass alle Unterschiede nivelliert werden sollen. Vielmehr sollen jene Unterschiede beseitigt werden, welche sich auf die Chance für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben auswirken.

Gemeinhin werden unter sozialer Ungleichheit Unterschiede in der Ressourcenausstattung verstanden. Ungleichheit gilt gemeinhin als materielle Ungleichheit, Ungleichheiten in der Ausstattung mit Geld und Vermögen. Ein weiterer wesentlicher Indikator für soziale Ungleichheit ist der berufliche Status: je höher, desto grösser ist in der Tegel, wenn auch nicht immer, das Geldeinkommen, mindestens aber der Einfluss. Es gilt auch die Regel, wer über einen höheren beruflichen Status verfügt, geniesst auch angenehmere Arbeitsbedingungen, kann seine berufliche Tätigkeit auch selbstbestimmter ausüben.

Wie aber stellt sich soziale Ungleichheit her? Sie ist ja nicht von vornherein gegeben, sondern es sind die Menschen selbst, die sich differenzieren und damit ihre Ungleichheit untereinander herstellen. Warum sind die einen eher in der Lage, einen beruflichen oder sozial höheren Status einzunehmen als andere, warum gelingt es manchem besser, sich ein grösseres Einkommen zu verschaffen. Menschen sind ja keine passiven Empfänger der relevanten Ressourcen, sondern sie stellen diese Verhältnisse selber her. Marx zufolge sind es immer die Menschen, die Geschichte machten, aber sie wissen nicht, welche.

Grob unterschieden, dominieren zwei Sichtweisen. Einmal eine mehr ökonomisch geprägte. Demzufolge ist es die Ausstattung mit Ressourcen, die ein Individuum in eine bestimmte soziale Position bringt. Je grösser die materiellen Einkünfte, Einkommen und Vermögen, je grösser die kulturellen Ressourcen, desto höher die soziale Position, welche das Individuum einnehmen kann. Der soziale Status erscheint somit im Wesentlichen als Resultat von Ressourcen. Soziale Ungleichheit liesse sich demzufolge verringern, wenn man für eine gleichmässige Verteilung der Ressourcen sor-

gen würde, also für eine Einkommensnivellierung wie auch für eine Anhebung des Bildungsniveaus bisher benachteiligter Milieus. Demgegenüber steht eine eher soziologisch geprägte Sichtweise. Nicht die Ressourcen sind das Entscheidende, sondern die Menschen klassifizieren sich selbst, ordnen sich selbst im wechselseitigen Kontakt bestimmten sozialen Positionen zu. Die verschiedenen Milieutheorien haben hier ihren Ausgangspunkt.

Wenn soziale Ungleichheit eine Folge einer ungleichen Ressourcenausstattung ist, dann liesse sich sozialpolitisch durch eine Angleichung der Ressourcenausstattungen soziale Ungleichheit minimieren. Tatsächlich werden mit diesem Argument sowohl eine Sozialpolitik der Einkommensnivellierung wie auch eine egalitätsorientierte Bildungspolitik legitimiert. Wenn aber soziale Ungleichheit eine Folge wechselseitiger Beziehungen, beispielsweise Klassifizierungen oder sozialer Ausschlüsse ist, dann dürfte eine gleichmässigerer Verteilung von Ressourcen, sei es in der Form von Einkommen, sei es in der Form von Bildungstiteln, an der bestehenden sozialen Ungleichheit wenig ändern.

Insbesondere Stefan Hradil und Michael Vester machten sich für den Milieubegriff in der soziologischen Ungleichheitsforschung stark. Auch die für Marketing-Zwecke angefertigten Studien des Sinus-Institutes arbeiten mit dem Milieubegriff. Unter Milieus werden lebensweltliche Vergemeinschaftungen von Menschen in vergleichbaren Lebenslagen und mit vergleichbaren Handlungsdispositionen und Wertorientierungen verstanden. Diese Milieus können zueinander in eine Ordnung gebracht werden. Vertikal nach der Machtposition lassen sich statushöhere und statusniedere Milieus voneinander unterscheiden, horizontal nach Wertedispositionen wiederum können konservativere und fortschrittlichere Milieus klassifiziert werden.

Die Angehörigen eines Milieus sind geprägt durch einen gemeinsamen Habitus. Bourdieu, der den Habitusbegriff in die Sozialstrukturforschung einführte, versteht unter ihm die Schemata, welche dem Wahrnehmen, Denken und Handeln vorgelagert sind, also die Strukturen, durch welche milieuspezifische Wahrnehmungen, Denkstile, Handlungsformen und soziale Regeln vorgeprägt sind. Der Habitus ist einerseits im Individuum verankert, andererseits ist er Resultat der Lebensbedingungen, in welchen das Individuum sozialisiert wird, der materiell-ökonomischen Lebensbedingungen und der sozialen Positionen. Bourdieu zufolge reagieren die Menschen nicht einfach auf Lebensverhältnisse und Anforderungen, sondern gestalten ihre Lebensbedingungen ebenso mit, freilich in den Grenzen, welche ihnen ihr jeweiliger Habitus setzt. Es lässt sich ergänzend hinzufügen, dass die Angehörigen eines Milieus ihre spezifische Milieuidentität unter anderem auch dadurch gewinnen, indem sie sich von anderen Milieus abgrenzen.

Verbindet man nun die Milieuperspektive Vesters mit dem Habituskonzept Bourdieus, lässt sich soziale Mobilität erklären. Soziale Mobilität umfasst sowohl soziale Aufstiegs- als auch Abstiegsprozesse. Soziale Auf- und Abstiege sind eingebettet in

gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse, wozu auch der sozio-ökonomischen Strukturwandel zählt (der Ausbau des Dienstleistungssektors und die Rationalisierung der Industrieproduktion). In solchen Umwälzungsprozessen gibt es Gewinner und Verlierer. Die Milieus, die qua ihres Habitus eher fortschrittsorientiert sind, haben die Chance des sozialen Aufstiegs, wohingegen die konservativen Milieus eher Opfer der gesellschaftlichen Fortentwicklung zu werden drohen. Der soziale Aufstieg der Industriearbeiterschaft in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein eindrücklicher Beleg für den sozialen Aufstiegs eines fortschrittlich orientierten Milieus, der soziale Abstieg des Bildungsbürgertums ein Beleg für soziale Deklassierung.

Einhellig geht man in der Sozialforschung davon aus, dass die Familie bzw. die familiäre Sozialisation ein entscheidender Faktor für die soziale Platzierung ist. Wie aber die familiäre Sozialisation tatsächlich wirkt, wie sie für die Reproduktion des sozialen Status sorgt, wie sie gegebenenfalls auch soziale Aufstiege fördert aber auch Abstiege zulässt, ist weithin ungeklärt. Generell unterstellt man davon, dass eine individuelle Leistungsbereitschaft für den sozialen Aufstieg förderlich sei. Dementsprechend hätten die Angehörigen aufstiegsorientierter Milieus einen leistungsorientierten Habitus, wohingegen in traditionellen Milieus die Leistungsorientierung weniger ausgeprägt sei. Hier muss man ergänzen: die Leistungsorientierung als Wert ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den sozialen Aufstieg. Hinzu kommt das subjektive Vermögen, neue Chancen, die sich bieten, wahrzunehmen und vor allem bisherige, nicht mehr erfolgsversprechende Orientierungen auch fallenzulassen. Konkret, Ausbildungen und Berufe zu wählen, die nicht im bisherigen Spektrum des jeweiligen Milieus liegen. Hier sind offensichtlich die Toleranzen innerhalb der Milieus unterschiedlich ausgeprägt. In traditionellen Milieus wird an bisherigen Lebensweisen und Berufswahlen festgehalten, in fortschrittlicheren Milieus dagegen besteht habituell eine grössere Bereitschaft, sich auf neue und damit zeitgemässere Lebensweisen und Berufe einzulassen.

Auch die sozialisatorischen Bedingungen in den einzelnen Milieus unterscheiden sich voneinander. Hier ist es vor allem das psycho-soziale Moratorium, das entweder vorgesehen ist oder nicht, vielleicht auch nur den Männern zuerkannt wird. Ein ausgeprägtes psycho-soziales Moratorium ermöglicht eher eine Individuierung, also die Ausprägung einer Ich-Identität und damit eine stärkere Ablösung von der Herkunftsfamilie wie auch dem Herkunftsmilieu. Je weniger das psycho-soziale Moratorium ausgeprägt ist, desto eher reproduziert sich der Habitus der Herkunft. Innovativität als das Vermögen, neue Existenzweisen zu wählen, dürfte infolgedessen einhergehen mit eher später Familiengründung, Traditionalität dagegen eher mit früher Verheiratung und Familiengründung.

Eine an der sozialen Gleichheit orientierte Sozial- und Bildungspolitik verfehlt ihr Ziel, wenn sie einseitig auf die Umverteilung von Ressourcen setzt. Es sind die Subjekte, die qua ihres Habitus unterschiedlich in der Lage sind, die ihnen zur Verfügung

stehenden Ressourcen für sich, auch für den Staterwerb, zu nutzen. Die einen können das ihnen zur Verfügung stehende ökonomische, soziale und kulturelle Kapital (Bourdieu) hervorragend nutzen, andere dagegen weniger. (Wobei das kulturelle als teilweise inkorporiertes Kapital wiederum Bourdieu zufolge Resultat eines milieuspezifischen Sozialisationsprozesses ist.)

Wie aber die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in den vorhandenen Milieus durch sozial- und bildungspolitische Interventionen soweit verändert werden können, dass auch die Angehörigen traditioneller Milieus künftig über einen innovativeren Habitus verfügen, ist offen. Es kann nicht um eine gleichmässige Verteilung von Bildungstiteln gehen, sondern gefordert ist eine Bildungspolitik, die auch den Angehörigen traditioneller Milieus ein längeres psychosoziales Moratorium ermöglicht und damit ihnen eine Chance zur einer stärkeren Ausbildung einer Individualität gibt, durch die sie sich von den traditionellen Orientierungen und Erwartungen ihrer Herkunftsmilieus besser lösen können.

## **Plurale Gesellschaften als sozialwissenschaftliche Herausforderung**

Marina RICHTER, Universität Freiburg

Dass wir in pluralen Gesellschaften leben, ist an sich nichts Neues und diese Tatsache ist daher in den Sozialwissenschaften auch schon lange Gegenstand der Forschung. Es gibt jedoch zumindest zwei Gründe, weshalb es sich lohnt, den wissenschaftlichen Blick auf unsere derzeitigen Gesellschaften unter die Lupe zu nehmen:

Einerseits hat die Pluralität, in der wir heute leben, eine Komplexität erreicht, die adäquate Ansätze seitens der Forschung erfordert. Nicht umsonst, wurde im Englischen die Wortschöpfung „Super-Diversity“ geschaffen, um die derzeitige gesellschaftliche Pluralität zu beschreiben. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass die heutigen Migrationsströme zu einer grösseren Vielfalt an Nationen und Herkunftsregionen führen. Für die Schweiz zeigt sich dies an einer Bevölkerungszusammensetzung, die im Zuge der Gastarbeitermigration der 1960er und 1970er Jahren noch von Migrant/innen aus den umliegenden europäischen Ländern geprägt war. Heute stammt praktisch jede sechste ausländische Person in der Schweiz aus einem aussereuropäischen Land (14.8 %), was einer Verdoppelung gegenüber 1980 entspricht (Bundesamt für Statistik, 2012).

Im Zuge einer Pluralität der Herkunftsregionen nimmt auch die Vielfalt an Sprachen und an Religionen zu. Dass dies auch von der Politik wahrgenommen wird, zeigt sich an Nationalen Forschungsprogrammen wie dem NFP 56 „Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz“ oder dem NFP 58 „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“. Beide Programme reagieren auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft und suchen nach Impulsen aus der Forschung. Der Bezug zur Migration ist dabei bei beiden Programmen explizit gegeben.

Zur Pluralität gehören jedoch auch differenzierende Kategorien, die nicht quasi allein durch Migration „importiert“ werden (Vertovec, 2007). Seitens der Politik wurden verschiedene Modi geschaffen, die den Zugang zu einem Land ermöglichen: mit Arbeitserlaubnis, zum Studium, im Zuge des Familiennachzugs, als Asylbewerber/in und nicht zuletzt auch ausserhalb der legalen Wege als illegalisierte/r oder undokumentierte/r Migrant/in. Diese verschiedenen Zugangsmodi führen nicht zuletzt auch zu unterschiedlichen Zugängen zum Arbeitsmarkt. Weiter sind Unterschiede in Bezug auf Geschlecht und Alter von Bedeutung, bspw. im Rahmen einer deutlichen Feminisierung von Migrationsströmen. Schliesslich ist auch der lokale Kontext von Bedeutung. Ein Paradebeispiel hierfür ist sicherlich die nach Gemeinden unterschiedliche Einbürgerungspraxis in der Schweiz.

Andererseits sehen sich traditionelle Forschungsperspektiven, die sich Fragen der Pluralität annehmen, wie die Migrations- oder die Ethnizitätsforschung, bzgl. ihrer Perspektive auf Diversität einigen kritischen Argumenten gegenüber. Ein erstes Argument betrachtet die Fokussierung auf spezifische Gruppen geteilter Herkunft oder geteilter Ethnizität. Oft werden bspw. in der Migrationsforschung Gruppen der gleichen Herkunft, welche in einem bestimmten Land leben (Italiener/innen in der Schweiz, Mexikaner/innen in den USA, Türk/innen in Deutschland usw.) als Fokus einer Untersuchung gewählt. Dies vereinfacht die Forschung in sprachlicher aber auch logistischer Hinsicht. Sie kann jedoch zu einer Verengung der Perspektive führen, die als methodischer Nationalismus (Glick Schiller, 2010; Wimmer & Glick Schiller, 2002) kritisiert wird. Dadurch werden Gruppen von Migrant/innen homogenisiert und Nationalstaaten als Container gedacht. Eine weitere Gefahr einer solchen Perspektive, die sich jeweils auf spezifische Gruppen konzentriert, ist eine mögliche Konzentration auf Kultur als erklärende Variable von Unterschieden.

Aus dieser Fokussierung auf eine spezifische Gruppe in einem bestimmten Land folgt ein zweiter Kritikpunkt. Und zwar gehen durch diese Fokussierung wichtige Aspekte der Komplexität und Diversität von Lebensumständen in heutigen Gesellschaften verloren. Auf der einen Seite lassen sich soziale Praktiken immer weniger durch nationalstaatliche Grenzen einschränken. Auf der anderen Seite sind lokale Gegebenheiten wie Sprachkurse für Migrant/innen oder Arbeitsmarktstruktur genauso von Bedeutung, wie die transnationale Vernetzung.

Eine transnationale Perspektive wurde schon vor längerer Zeit in die Migrationsforschung eingeführt (Glick Schiller, Basch, & Blanc-Szanton, 1992). Sie ermöglicht es, soziale Praxis und Strukturen wie Netzwerke über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu konzeptualisieren und zu analysieren und bricht mit dem Nationalstaat als Container. Eine solche Perspektive ist auch wichtig, will man heutige plurale Gesellschaften verstehen. Das heisst nicht unbedingt, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft in gleichem Masse transnational agieren, es ermöglicht jedoch Praktiken und Kontexte miteinzubeziehen, die den nationalstaatlich gesetzten Rahmen durchbrechen.

In den letzten Jahren sind auch immer Studien entstanden, die den Fokus anstatt auf eine sozial definierte Gruppe auf eine räumliche Einheit wie einen Stadtteil richten. Diese „Neighbourhood-Studies“ (bspw. Ehrkamp, 2005) nehmen einen geografisch definierten Ort wie eine Stadt, ein Quartier oder einen Strassenzug und analysieren die verschiedenen relevanten gesellschaftlichen Ebenen: Gesetze, öffentliche Diskurse, sozialpolitische Interventionen, aber auch Praktiken der ansässigen Bevölkerung und bspw. daraus resultierende räumliche Veränderungen wie neue Läden oder andere veränderte Raumnutzungen.

Schliesslich beinhaltet eine plurale Gesellschaft nicht nur horizontale Unterschiede. Diese sind immer auch verschränkt mit vertikalen Unterschieden, wie dem Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen und damit auch zu Status. So sind



Expats zwar ebenfalls Migrant/innen, orientiert man sich an üblichen Definitionen wie denen der Internationalen Organisation für Migration. Sie bewegen sich jedoch im Kontext einer transnationalen kapitalistischen Klasse (Sklair, 2000), die ihnen den Zugang zu Ressourcen sichert, wie sie vielen anderen Migrant/innen verwehrt bleiben.

Wenn plurale Gesellschaften nicht auf die Minderheitenproblematik reduziert werden sollen, so bedarf es sozialwissenschaftlicher Perspektiven, die vor solchen mehrdimensionalen Komplexitäten nicht zurückschrecken. Plurale Gesellschaften stellen nicht nur eine Herausforderung für die Politik dar, sie fordern auch von uns als Wissenschaftler/innen, dass wir adäquate Perspektiven entwickeln, um sie zu verstehen.

### Literatur

- Bundesamt für Statistik (2012). *Migration und Integration – Indikatoren*. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html>. Zugriff am 09.09.2012.
- Ehrkamp, P. (2005). Placing identities. Transnational practices and local attachments of turkish immigrants in Germany. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 31(2), 345–364.
- Glick Schiller, N. (2010). „A global perspective on transnational migration. Theorising migration without methodological nationalism“. In R. Bauböck & T. Faist (Hrsg.), *Diaspora and transnationalism. Concepts, theories and methods* (pp. 109–130). Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Glick Schiller, N., Basch, L., & Blanc-Szanton, C. (1992). „Transnationalism. A new analytical framework for understanding migration“. In N. Glick Schiller, L. Basch, & C. Blanc-Szanton (Eds.), *Towards a transnational perspective on migration. Race, class, ethnicity, and nationalism reconsidered* (Vol. 645, pp. 1–24). New York: The New York Academy of Sciences.
- Sklair, L. (2000). *The transnational capitalist class*. New York: John Wiley & Sons.
- Vertovec, S. (2007). Super-diversity and its implications. *Ethnic and Racial Studies*, 30(6), 1024–1054.
- Wimmer, A., & Glick Schiller, N. (2002). Methodological nationalism and beyond. Nation-state building, migration and the social sciences. *Global Networks*, 2(4), 301–334.



## Was bedeutet eigentlich Multikulturalismus?

Amir SHEIKHZADEGAN, Universität Freiburg

„Multikulti ist tot.“ Mit dieser Formulierung brachte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer in einer Rede im Oktober 2010 ein Unbehagen zum Ausdruck, das seit geraumer Zeit in praktisch sämtlichen westlichen Ländern die Gemüter bewegt.

Was bedeutet aber eigentlich das Konzept „Multikulturalismus“? Wie ist es überhaupt entstanden und wie wurde es in die Praxis umgesetzt? Welcher Argumente bedienen sich dessen Befürworter und wie argumentieren dessen Gegner? Im vorliegenden Beitrag sollen diese Fragen in einer verkürzten Form beantwortet werden.

### Die Entstehung

Das Konzept des Multikulturalismus ist Ende der 1980-er Jahre in den angelsächsischen Einwanderungsländern (vorwiegend in Kanada) entstanden und zwar als Nachfolgediskurs der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte der 1970-er und 1980-er Jahre (vgl. hierzu Murphy 2012, Kap. 4).

Der Liberalismus-Kommunitarismus-Streit drehte sich, grob formuliert, um die beiden Prinzipien der *Freiheit* und *Gerechtigkeit*, welche modernen, liberalen Gesellschaften zugrunde liegen.

Das Hauptargument der Kommunitaristen war, dass die Liberalen sozial blind seien und deshalb ihrem Anspruch, sich für die Freiheit aller Bürger/innen einzusetzen, nicht wirklich gerecht würden. Der renommierte kanadische Kommunitarist Charles Taylor etwa unterstellte den Liberalen *Atomismus*, nämlich die Vorstellung, dass die Gesellschaft eine Ansammlung von Individuen sei, deren Identitäten, Fähigkeiten und Zielsetzungen ausschliesslich ihrem individuellen Wesen entspringen (Taylor 1985). Taylor hingegen vertrat in seiner „social thesis“ die Ansicht, dass Menschen in einem soziokulturellen Umfeld eingebettet seien, welches ihre Werteorientierungen und Deutungsmuster, aber auch Lebenschancen und Möglichkeiten, präge. Gemäss dieser These kommt es nicht nur auf die formale Gleichheit der Menschen an, sondern auch darauf, ob sie ihre Rechte kennen, und ob sie über die notwendigen Ressourcen verfügen, um ihre Rechte einzufordern. Deshalb, so die Vorstellung, seien die unterprivilegierten Menschen (einschliesslich der kulturellen Minoritäten) bei der Überwindung ihrer Benachteiligung oft auf die Unterstützung des Staates angewiesen.

Die Liberalen hingegen (zu nennen sind u.a. Denker wie Karl Popper, Richard Rorty, Robert Nozick und Friedrich August von Hayek) sahen in dieser Forderung

einen Appell zur ungleichen Behandlung von Menschen, was in ihren Augen einem Verstoss gegen eine wichtige Grundregel einer liberalen Demokratie gleichkam.

Ein weiterer Streitpunkt bestand darin, dass Kommunitaristen das allgemeine Wohl einer Gemeinschaft über jenes der individuellen Freiheit stellten, während die Liberalen jeden Eingriff in die individuelle Freiheit ablehnten.

Da sich die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte über die beiden Prinzipien der Gleichheit und Freiheit nicht als sehr fruchtbar erwies (u.a. weil die Vertreter der beiden Seiten aneinander vorbei diskutierten), sind in deren Folge eine Reihe von Ansätzen entstanden, die sich in der einen und anderen Weise der Anerkennung kultureller Vielfalt verschrieben haben; und so entstand der nicht sehr hilfreiche Sammelbegriff „Multikulturalismus“. Interessant dabei ist, dass sich in Multikulturalismus-Ansätzen oft Argumente der Liberalen und Kommunitaristen verbinden. Kymlickas Motto *Freiheit innerhalb einer Minorität und Gleichheit zwischen den Minoritäten und der Majorität* (Kymlicka 1995:152) bringt diese Fusion bestens zum Ausdruck. Es war übrigens Kymlickas bahnbrechende Buch *Liberalism, Community, and Culture* (1989), welches die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte zum Multikulturalismus-Streit überleitete.

### **Vielfalt multikulturalistischer Ansätze**

Der kanadische Politologe Michael Murphy (2012, Kap. 5) unterscheidet folgende Multikulturalismus-Ansätze:

- *The politics of recognition*: Die Politik der Anerkennung ist der Kerngedanke aller Multikulturalisten. Folgendes Zitat von Charles Taylor bringt es auf den Punkt: “A person or a group of people can suffer real damage, real distortion, if the people or society around them mirror back to them a confining or demeaning or contemptible picture of themselves. Nonrecognition or misrecognition can inflict harm, can be a form of oppression, imprisoning one in a false, distorted, and reduced mode of being” (Taylor 1994: 24-25). Anerkennung sei also nicht einfach eine Höflichkeitsgeste, sie sei ein lebenswichtiges menschliches Bedürfnis (Taylor 1994: 26). Allerdings fordert Taylor, dass die Minoritäten ihrerseits das Anderssein der anderen Minoritäten oder der Majorität respektieren. Zudem sollen sie die fundamentalen Rechte der Menschen, welche unter ihrer Obhut stehen, schützen (Taylor 1994: 59).
- *The value of cultural diversity*, vertreten von praktisch sämtlichen Multikulturalisten, sieht in der kulturellen Diversität eine Bereicherung der Gesellschaft. Die Vielfalt kultureller Gemeinschaften erweitere, so das Argument, den Denkhorizont der Menschen. Sie biete ihnen alternative Wege des Denkens und Handelns und ermögliche ihnen eine kritische Distanz zu

ihren eigenen Denk- und Lebensstilen (siehe etwa Taylor 1994; Modood 2007; Tully 1995; Parekh 2000).

- *Deliberative multiculturalism* hebt die Bedeutung des intra- und interkulturellen Diskurses hervor. Auf diese Weise könne, so die Annahme, die Legislative besser auf die wahren Bedürfnisse der kulturellen Gemeinschaften eingehen, was schliesslich auch die Legitimität demokratischer Institutionen erhöhe. Zudem würde sich dadurch die interkulturelle Verständigung intensivieren.
- *The politics of inclusion*, vertreten etwa durch Iris M. Young (1990) und Anne Phillips (1995), fordert Quotenregelung in der Legislative zugunsten benachteiligter Minoritäten. Dies mache allerdings nur dann Sinn, wenn die jeweiligen Minoritäten zahlenmässig zu klein wären, um durch die allgemeinen Wahlen eigene Vertreter in die Legislative schicken zu können.
- *Liberal culturalism*, vertreten etwa durch den kanadischen Politikwissenschaftler Will Kymlicka (1995), befürwortet Sonderrechte für jene „nationalen“ Kulturen, die von einer dominierenden Nationalkultur verdrängt wurden. Weniger Verständnis zeigt Kymlicka für kulturelle Forderungen von Migrantinnen und Migranten, die sich ihm zufolge in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren haben. Eine Variante dieses Ansatzes, der sich auf die Rechte unterdrückter Ureinwohner konzentriert, bezeichnet Murphy als *democratic multinationalism*. Darin enthalten sind Forderungen wie Selbstbestimmung innerhalb klar definierter Territorien bis zur eigenen Staatlichkeit.
- *Tolerantist Multiculturalism*, vertreten u.a. durch den australischen Politologen Chandran Kukathas (2003), plädiert aus einer libertaristischen Warte für die weitgehende Autonomie der kulturellen Gemeinschaften. Demnach solle der Staat sich weder schützend noch sanktionierend in die inneren Angelegenheiten der kulturellen Gemeinschaften einmischen – auch dann nicht, wenn die Praktiken dieser Gemeinschaften gegen die Normen einer liberalen Gesellschaft verstössen. Die Bedingung eines solchen Multikulturalismus wäre allerdings, dass erstens die „abweichenden“ Praktiken auf einen breiten Konsens innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft stützten, und zweitens die „Dissidenten“ die Möglichkeit hätten, jederzeit aus ihrer jeweiligen kulturellen Gemeinschaft auszutreten.

Die neuerdings entfachte Debatte über den Rechtspluralismus (*legal pluralism*) in westlichen Ländern lässt sich am ehesten dem *tolerantist multiculturalism* zuordnen.

Zu dieser Typologie müsste man noch den von Song (2010) erwähnten postkolonialen Ansatz, vertreten u.a. von Duncan Ivison (2006), hinzufügen. Gemäss diesem Ansatz seien die Ureinwohner der Einwanderungsgesellschaften Opfer massiver Ge-

nozid ähnlicher Praktiken europäischer Kolonialmächte und hätten deshalb durchaus Anspruch auf kompensatorische Sonderrechte. Zudem sei der Liberalismus nicht, wie von dessen Befürworter behauptet, kulturneutral. Vielmehr sei er eingebettet in die Kulturgeschichte des Westens und beinhalte deshalb eurozentrisches Gedankengut, was dessen Gültigkeit für Gemeinschaften nichtwestlicher Herkunft in Frage stelle.

### **Vielfalt multikulturalistischer Massnahmen**

Die grosse Vielfalt bezüglich des Multikulturalismus lässt sich auch in den staatlichen Massnahmen beobachten. Wenden wir uns wieder Michael Murphy zu. Ihm zufolge (Murphy 2012, Kap. 3) sind folgende Typen von multikulturalistischen Massnahmen zu unterscheiden:

1. *Voice*: Massnahmen, welche Minoritäten eine Vertretung in der Legislative ermöglichen, insbesondere wenn die Minoritäten aufgrund ihrer wenigen Mitglieder nicht in der Lage sind, eigene Vertreter in das Parlament zu schicken.
2. *Symbolic Recognition*: Die öffentlichrechtliche Anerkennung einer Minorität bzw. ihrer Sprache, Religion etc.
3. *Redistribution*: Umverteilende Massnahmen mit dem Ziel, die materielle Lage der sozioökonomisch benachteiligten Minoritäten zu verbessern.
4. *Protection*: Massnahmen, welche Minoritäten vor den Übergriffen der Mehrheit schützen, wie etwa Antirassismus-Gesetze, aber auch Massnahmen, welche die Minoritäten bei der Bewahrung ihrer kulturellen Praktiken (beispielsweise Pflege ihrer Rituale oder Sprachen) unterstützen.
5. *Exemptions*: Mitglieder von Minoritäten werden von bestimmten staatlich-rechtlichen Vorschriften, welche mit ihren eigenen kulturellen Praktiken oder Glaubensvorstellungen im Widerspruch stehen, erlassen.
6. *Assistance*: Hilfestellungen (beratend, finanziell oder durch Gesetze), welche darauf abzielen, Mitglieder der Minoritäten zur Überwindung ihrer Benachteiligung oder dem Erhalt ihrer kulturellen Identität zu befähigen.
7. *Autonomy*: Minoritäten werden partielle oder volle Selbstbestimmung gewährt. Solche Massnahmen können von der Selbstbestimmung in einzelnen Angelegenheiten über weitgehende Autonomie bis zur völligen Unabhängigkeit und der Gründung eines eigenen Staates reichen. Autonomy wird in der Regel jenen Minoritäten gewährt, welche einst als Ureinwohner eines Landes von den Einwanderern verdrängt worden sind.

### **Die Ansichten der Multikulturalismus-Gegner**

Wenden wir uns nun den Gegnern des Multikulturalismus zu (siehe hierzu u.a. Song 2010). Ihre Einwände lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen, und zwar die sozialpolitischen und die sozialtheoretischen Kritiken.

### *Die sozialpolitischen Einwände*

#### *Verletzung von individuellen Freiheiten*

Die Anerkennung der Autonomie von kulturellen Minoritäten könne dazu führen, dass autoritäre Strukturen solcher Minoritäten zementiert werden. Dadurch würden Menschenrechte verletzt. Davon betroffen seien vor allem schwächere Mitglieder der jeweiligen Minorität – in der Regel Kinder, Frauen, „interne Minoritäten“ (Minoritäten innerhalb einer Minorität) und „Dissidenten“ (siehe etwa Eisenberg und Spinner-Halev 2005).

#### *Egalitärer Einwand*

Brian Barry, ein prominenter liberaler Kritiker des Multikulturalismus, moniert, dass die Privilegierung kultureller Gemeinschaften gegen den liberalen Grundsatz der Gleichbehandlung aller Bürger/innen verstosse. Ihm zufolge liegt es in der Verantwortung der Minoritäten, wenn sie (aufgrund ihrer Kultur oder ihres Glaubens) Chancen und Freiheiten nicht wahrzunehmen imstande sind. Im Gegensatz zu einer geistigen oder körperlichen Behinderung, welche die Lebenschancen der Betroffenen gegen deren Willen einschränkt, sei die Zugehörigkeit zu einer Kultur eine freiwillige Angelegenheit (Barry 2001).

#### *Ablenkung von den Fragen der Umverteilung*

Die Hervorhebung kultureller Unterschiede lenkt von Klassengegensätzen ab, zementiert dadurch die Ungleichheit und verhindert eine transkulturelle Solidarität der unteren Klassen. Als Folge multikulturalistischer Politik also „wird die gesellschaftliche Auseinandersetzung durch den Kampf um Anerkennung und nicht mehr durch den Kampf um die materiellen Lebensbedingungen charakterisiert. Die Kultur ersetzt die Klasse“ (Ghadban 2005: 3).

#### *Gefährdung sozialer Kohäsion*

Die Multikulturalismus-Politik zersetze die moderne, offene Gesellschaft in eine Vielzahl isolierter Gemeinschaften. Sie sei deshalb als „Ideologie der Desintegration“ (Ghadban 2005) anzusehen:

„Von einer Politik, die tendenziell auf die Abschaffung der Unterschiede zielte, in dem sie durch geeignete Förderung benachteiligten ethnischen Gruppen die Voraussetzung für ihre Wahrnehmung der Chancengleichheit in einer liberalen demokratischen Staatsordnung schaffen wollte, entwickelte sich eine Politik der Anerkennung der Differenz, die zur Desintegration oder mindestens zur Erhaltung von desintegrativen Aspekten führte“ (Ghadban 2005: 2).

#### *Umstrittener Umgang mit der Kultur*

Waldron (1995) argumentiert, dass die Erhaltung einer bestimmten Lesart einer Kultur andere Lesarten verhindere. Zudem stehe eine solche Preservierungspolitik dem Wandel der jeweiligen Kultur im Wege.

### *Die sozialtheoretischen Einwände*

#### *Umstrittener Kulturbegriff:*

Eine Reihe von Kulturwissenschaftlern wirft den Multikulturalisten ein essentialistisches Kulturverständnis vor. Andreas Wimmer etwa bemängelt, dass das Konzept des Multikulturalismus, welches als Gegenpol zur Assimilationstheorie und als Ablehnung eines Herderschen Kulturbegriffs (ein Land, eine Kultur) in Erscheinung getreten war, den Herderianismus erst recht wiederbelebt hat.

„Der mit dem Multikulturalismus [...] verbundene Untergang der alten Assimilationstheorie führte zurück zum reinen Herderianismus. Der Multikulturalismus behauptet, dass ethnische Kulturen, Identitäten und Gemeinschaften über Generationen hinweg lebendig, praktikabel und sichtbar bleiben“ (Wimmer 2008: 61)

Ähnlich argumentiert Wolfgang Welsch (2005), wenn er schreibt, dass im Konzept der Multikulturalität folgende Bestimmungsstücke des Herderschen Kulturverständnisses wiederzuerkennen sind: a) soziale Homogenisierung (Kultur prägt alles), b) ethnische Fundierung (eine Kultur ist die Kultur eines einzigen Volkes) und c) interkulturelle Abgrenzung (Kulturen haben klar umrissene Grenzen). Welsch schlussfolgert dann:

„Das Problem also ist, dass das Multikulturalitätskonzept (bei allen guten Intentionen) begrifflich noch immer die Prämisse des alten Kulturbegriffs – die Unterstellung einer insel- oder kugelartigen Verfassung der Kulturen – mit sich fortschleppt“ (Welsch 2005).

Obwohl bei dieser Kritik von „Multikulturalität“ die Rede ist, kann sie ohne weiteres auch für den Multikulturalismus geltend gemacht werden.

Eine ähnliche Kritik wird am Begriff der „Gemeinschaft“ bzw. der „kulturellen Gemeinschaft“ ausgeübt (Murphy 2012)

#### *Kosmopolitischer Einwand*

Kosmopolitisch orientierte Kritiker sehen Kulturen nicht als geschlossene Systeme an, sondern als dynamische Entitäten, die ständigen Prozessen der Hybridisierung ausgesetzt sind. Das folgende, in der Fachliteratur beliebte, Zitat von Jeremy Waldron (1995) bringt diese Auffassung auf den Punkt:

“We live in a world formed by technology and trade; by economic, religious, and political imperialism and their offspring; by mass migration and the dispersion of cultural influences. In this context, to immerse oneself in the traditional practices of, say, an aboriginal culture might be a fascinating anthropological experiment, but it involves an artificial dislocation from what actually is going on in the world” (Waldron 1995: 100).



## Fazit

Multikulturalismus-Ansätze weisen eine beachtliche Vielfalt auf. Dabei fallen die folgenden drei Unterschiede besonders ins Gewicht: Erstens unterscheiden sich diese Ansätze in Bezug auf ihre Haltung zur Rolle des Staates. So reichen die Vorstellungen von der Forderung nach staatlicher Intervention zugunsten benachteiligter Minoritäten bis zu einer Laissez-faire-Ordnung, in welcher jede staatliche Intervention unerwünscht ist. Auch unter den Autoren, welche eine staatliche Intervention befürworten, sind die Forderungen sehr heterogen.

Zweitens unterscheiden sich die Multikulturalisten darin, für welchen Typ von „kulturellen Gemeinschaften“ sie eintreten. Während die einen sich auf „einheimische“ Minoritäten (bspw. die Ureinwohner) konzentrieren, schliessen die anderen auch MigrantInnen in ihrem Blickfeld mit ein.

Drittens lassen sich zwischen verschiedenen Multikulturalismen Unterschiede in Bezug auf deren Logik erkennen. So überwiegen bei einigen Autoren kommunitaristische Argumente, während bei anderen eine liberale und bei einer dritten Gruppe eine libertaristische Argumentation vorherrscht.

Angesichts der unterschiedlichen Verwendung des Begriffs „Multikulturalismus“ stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, auf dieses Konzept ganz zu verzichten. Dafür spräche meines Erachtens auch die Essentialisierung von Kultur, welche Multikulturalismus innewohnt. Ein Verzicht auf diesen Begriff würde aber nichts daran ändern, dass moderne Gesellschaften plurale Entitäten sind, und dass die Sozialpolitik eine Balance zwischen gesellschaftlicher Heterogenität und Kohäsion zu finden hat.

## Literatur

- Barry, Brian (2001). *Culture and Equality: An Egalitarian Critique of Multiculturalism*. Cambridge, MA: Harvard.
- Eisenberg, Avigail and Jeff Spinner-Halev (eds.) (2005). *Minorities within Minorities: Equality, Rights, and Diversity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ghadban, Ralph (2005). Multikulturalismus als Ideologie der Desintegration. In: *Con-turen*. 3–4/2005, Zugriff am 23.08.2012 auf: <http://www.ghadban.de/de/wp-content/data/Der-Multikulturalismus-als-Ideologie-der-Desintegration.pdf>
- Iverson, Duncan (2006). Historical Injustice. In: John S. Dryzek, Bonnie Honig, and Anne Phillips (eds.). *The Oxford Handbook of Political Theory* (507–25). Oxford: Oxford University Press.
- Kukathas, Chandran (2003). *The Liberal Archipelago: A Theory of Diversity and Freedom*. Oxford: Oxford University Press.

- Kymlicka, Will (1989). *Liberalism, Community, and Culture*. Oxford: Oxford University Press.
- Kymlicka, Will (1995). *Multicultural Citizenship: A Liberal Theory of Minority Rights*. Oxford: Oxford University Press.
- Modood, Tarik (2007). *Multiculturalism: A Civic Idea*. Oxford: Polity.
- Murphy, Michael (2012). *Multiculturalism : A Critical Introduction*. London: Routledge
- Parekh, Bhikhu (2000). *Rethinking Multiculturalism: Cultural Diversity and Political Theory*. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Phillips, Anne (1995)., *The Politics of Presence*. Oxford: Clarendon Press.
- Song, Sarah (2010). Multiculturalism, *Stanford Encyclopedia of Philosophy*., Zugriff am 23.08.2012 auf: <http://plato.stanford.edu/entries/multiculturalism>
- Taylor, Charles (1985). *Philosophy and The Human Sciences: Philosophical Papers 2*. Cambridge: Cambridge University Press
- Taylor, Charles (1994). The Politics of Recognition. In A. Guttman (ed.) *Re-examining the Politics of Recognition*. Princeton: Princeton University Press.
- Tully, James (1995). *Strange Multiplicity: Constitutionalism in an Age of Diversity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Waldron, Jeremy (1995). Minority Cultures and the Cosmopolitan Alternative. In: Will Kymlicka (ed.). *The Rights of Minority Cultures* (93-122). Oxford: Oxford University Press.
- Welsch, Wolfgang (2005). Transkulturelle Gesellschaften. In: Peter-Ulrich Merz-Benz und Gerhard Wagner (Hg.), *Kultur in Zeiten der Globalisierung. Neue Aspekte einer soziologischen Kategorie* (39-68). Humanities Online
- Wimmer, Andreas (2008)., Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48:57 – 80.
- Young, Iris M. (1990). *Justice and the Politics of Difference*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

## **Leben in prekären Verhältnissen in der Schweiz und in Chile: Haushaltsstrategien im Spannungsfeld von institutionellen Einschränkungen und individuellen Handlungsspielräumen**

Michèle AMACKER, Monica BUDOWSKI, Sebastian SCHIEF, Universität Freiburg

Am Studienbereich „Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit“ wird derzeit ein Projekt zum Thema „A Comparative Perspective on Household Strategies under Conditions of Precarious Prosperity in Chile, Costa Rica, Spain and Switzerland“ durchgeführt. Finanziert wird das Projekt vom Schweizerischen Nationalfonds. Ziel des Projektes ist es, folgende Fragen zu beantworten: Wie gehen Menschen in prekären Lebensverhältnissen mit ihrer Situation um? Wie beeinflussen objektive und subjektive Faktoren ihre Haushaltsstrategien? Wie unterscheiden sich diese Strategien je nach Grad der sozialen Sicherheit, der vorhandenen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und der Lebenssituation des Haushalts? Untersucht wurden und werden diese Fragen in Chile, Costa Rica, Spanien und der Schweiz. Diese Länder unterscheiden sich stark in Bezug auf das Niveau der Wohlfahrt, der Ausgestaltung des Arbeitsmarktes (formelle und informelle Arbeit) und der Wichtigkeit familiärer Bezüge und sozialer Netzwerke.

Das Konzept «Prekarität» findet zunehmend Eingang in die Ungleichheitsforschung. Es bezieht sich auf armutsgefährdete Lebenslagen, die durch Unplanbarkeit und eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten gekennzeichnet sind. Wir haben zwei Länder ausgewählt – Chile und die Schweiz – und haben uns gefragt, ob und wie sich Gelegenheitsstrukturen von Wohlfahrtsregimen in Haushaltsstrategien im Umgang mit Prekarität widerspiegeln. Konkret wurden Bevölkerungsmeinungen über und Erwartungen an den Staat aus Daten einer internationalen Befragung (ISSP) den Ergebnissen qualitativer Interviews mit Haushalten in prekären Lebenslagen gegenübergestellt. Unser Ziel war es demnach, eine Verbindung zwischen so genannten Makrobedingungen, also dem nationalstaatlichen Kontext und der Mikroebene, also Muster von Haushaltsstrategien prekärer Haushalte, herzustellen. Die Resultate zeigen, dass sich die Haushaltsstrategien entsprechend den länderspezifisch wahrgenommenen Gelegenheitsstrukturen («frames») in Chile und der Schweiz unterscheiden, sich jedoch auch innerhalb der beiden Länder sehr unterschiedliche Muster von Strategien ausdifferenzieren lassen.

Das konservative Wohlfahrtsregime der Schweiz bietet gerade im Rahmen sozialstaatlicher Leistungen einige Möglichkeiten, mit prekären Situationen umzugehen. Anders ist es in Chile, hier sind Haushalte in prekären Lebenslagen darauf angewie-

sen, eine Arbeit zu finden, Schulden zu machen oder Hilfe in Gemeinden, Vereinen oder der Familie zu bekommen. Diese Grundkonfiguration Chiles und der Schweiz spiegelt sich auch in den jeweiligen Einstellungen dem Staat gegenüber wider. In Chile erwarten die Bürgerinnen und Bürger sehr viel vom Staat, aber sie halten den Wohlfahrtsstaat für relativ erfolglos. In der Schweiz ist es genau umgekehrt, die Schweizerinnen und Schweizer erwarten relativ wenig vom Staat, halten den Wohlfahrtsstaat aber für umso erfolgreicher.

Diese Kombination aus Einstellungen und tatsächlichen Rahmenbedingungen führt in der Schweiz dazu, dass alle untersuchten Haushalte – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – staatliche Hilfen im Hinterkopf behielten, wenn sie Strategien entwickelten, mit prekären Situationen umzugehen. Dies gilt auch für jene Haushalte, deren Staatsverständnis eigentlich ein passives ist. In Chile dagegen wird der Staat überhaupt nicht in Strategien im Umgang mit prekären Situationen einbezogen. Hier setzt man ganz darauf, Arbeit zu finden oder das Pensum zu erhöhen, sich zu verschulden, oder Hilfe in Gemeinschaften und der Familie zu aktivieren. In der Schweiz gilt der Staat also in allen Strategien immer als letzter Rettungsanker, während in Chile niemand auf den Staat setzt, wenn es um Hilfe in prekären Situationen geht. Unsere Forschungen zeigen aber auch, dass es innerhalb dieses generellen Rahmens Handlungsspielräume für die Haushalte gibt. Wir konnten in Chile wie in der Schweiz drei verschiedene Haushaltsstrategien identifizieren und typologisieren. In der Schweiz unterscheiden wir „no help“-Strategien, „mixed help“-Strategien und „functional help“-Strategien.

Haushalte mit „no help“-Strategien versuchen, ihre Probleme alleine zu lösen, sie lehnen prinzipiell sowohl öffentliche wie private Hilfe ab. Nur wenn es gar nicht anders geht, wendet man sich an den Staat. „Mixed help“-Strategien kombinieren verschiedenste Formen von Unterstützung, um über die Runden zu kommen. Zum Teil handelt es sich hierbei auch um staatliche Hilfe. Haushalte mit „functional help“-Strategien dagegen pochen auch auf ihre Unabhängigkeit und lehnen Zwänge generell ab. Sie nehmen bewusst Risiken in Kauf und machen sich wenig Gedanken über ihre prekäre Situation. Im Hinterkopf ist dabei stets, dass man im schlimmsten Fall ein Recht auf staatliche Unterstützung hat; so kann einem nie wirklich etwas passieren.

In Chile dagegen konnten wir „voice and help“-Strategien, „long-term debts“-Strategien und „trabajo duro“-Strategien unterscheiden. „Voice“ und „help“ sind zwei Seiten einer Medaille. Im Falle von „voice“ entscheiden sich die Haushalte, Hilfe selbst zu organisieren und auch die Probleme im Rahmen der Möglichkeiten öffentlich zu machen. „Help“ dagegen rekurriert auf Hilfe, die man aus dem lokalen Umfeld bekommt, also zum Beispiel von Nachbarn, Nachbarschaftsvereinen oder aber der Kirche. Haushalte, die „long-term debts“-Strategien fahren, versuchen mit immer neuen Krediten über die Runden zu kommen. Hierbei werden insbesondere immer neue Kreditkarten als kurzfristige Möglichkeit, Rechnungen zu bezahlen oder Le-

bensmittel zu kaufen, ins Feld geführt. Die Strategie des „trabajo duro“ verfolgt die Grundidee, dass wer noch Arbeit hat, nicht arm ist. Das kann sogar bedeuten, dass man selbstständig ist und immer mehr Schulden anhäuft, weil sich das Geschäft nicht rechnet. Man erhält es aber aufrecht, weil der symbolische Effekt, nicht mehr zu arbeiten, für die Haushalte schlimmer wäre.

Alle Strategien in Chile decken sich mit den enttäuschten Erwartungen und der eingeschätzten Erfolglosigkeit des Staates. Im Gegensatz dazu sind alle Strategien in der Schweiz vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Staat immer als letzte Option mitgedacht wird, zumindest implizit. Wir können feststellen, dass unserer Forschung nach Wohlfahrtsregime in der Tat die Möglichkeiten, mit prekären Situationen umzugehen, strukturieren. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass es innerhalb dieser landesspezifischen Opportunitätsstrukturen nicht Handlungsspielraum gäbe, der sich je nach subjektiver Wahrnehmung der Handlungsmöglichkeiten unterscheidet. Innerhalb der Möglichkeiten, die die Schweiz und Chile bietet, gibt es immer noch jeweils subjektive heterogene Muster, mit Prekarität umzugehen und diese möglicherweise sogar zu überwinden.

#### **Zum Weiterlesen**

Amacker, Michèle, Monica Budowski und Sebastian Schief (2012) Dealing with precariousness in Switzerland and Chile: household strategies between objective constraints and scope for agency. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 38 Issue 3, 2012. <http://www.sociojournal.ch/>



## Bewegungen für und gegen die Gleichstellung der Geschlechter

Ruedi EPPLE, Universität Freiburg

Aus horizontalen Ungleichheiten werden nicht ohne weiteres Zutun vertikale oder soziale Ungleichheiten. An den Mechanismen der Ungleichheitsproduktion, die Ivo Staub anspricht (vgl. seinen Beitrag in diesem Newsletter), sind gesellschaftliche Kräfte beteiligt, zu denen neben Parteien, Verbänden und anderen politischen Akteuren auch soziale Bewegungen gehören. In Bezug auf die Geschlechterfrage spielen dabei die Frauenbewegung und ihre Gegenbewegung eine zentrale Rolle. Doch so wenig es *die* Frauen und *eine* Frauenbewegung gab und gibt, so wenig existiert *der* Mann, *eine* Männlichkeit oder *eine* Reaktion auf die Frauenbewegungen. Bereits die Umgangssprache gibt uns Begriffe an die Hand, um Unterschiede zwischen verschiedenen Männern und Männlichkeiten zu bezeichnen. So gibt es die *Pantoffelhelden*, deren moderne Version die *Softies* darstellen. Oder es existieren beispielsweise die *echten* Männer, welche in der Schweiz durch die Rekrutenschule geformt werden. Oder es gibt den *Patriarchen*, der auch als *Macho* auftritt. Schliesslich sind auch *neue Männer* und *neue Väter* anzutreffen, die sich gemeinsam mit ihren Partnerinnen an Haus- und Familienarbeit beteiligen (Gesterkamp 2010a).

Die Vielfalt der Männer nimmt auch die Forschung zum „gemachten Mann“ zur Kenntnis. Diese unterscheidet mit Raewyn Connell (1999) zwischen hegemonialen, Komplizenhaften, untergeordneten und marginalisierten Männlichkeiten. Jeff Hearn (2010) hat diese Differenzierung weiter ausgebaut, indem er die Intersektionalität, die bereits bei Connell angelegt ist und uns dort in der marginalisierten Männlichkeit begegnet, weiter entwickelt hat. So schlägt Hearn beispielsweise vor, bisher vernachlässigte Unterscheidungen zwischen Alterskategorien von Männern, zwischen unverehrten und versehrten oder an- und abwesenden männlichen Körperlichkeiten sowie zwischen nationalen oder transnationalen Männlichkeiten zu beachten.

Diese Vielfalt der Männer spiegelt sich auch in den Reaktionsweisen der Männer auf den Feminismus (Messner 1997). In der Schweiz lassen sich mindestens drei Bewegungen unterscheiden: Eine restaurative, eine kritische und eine antifeministische Männerbewegung.

### **Oppositionelle „Gegenströmung“**

Die Emanzipation der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter musste immer gegen Widerstände durchgesetzt werden. Doch änderte die Opposition, auf welche die Frauenbewegungen mit ihren Forderungen stiessen, ihre Form. Bereits vor der

Einführung des Frauenstimmrechts hatte sie sich zur diffusen „Gegenströmung“ gewandelt. Es gab kaum mehr politische Parteien oder Verbände, welche ihre Ablehnung des Frauenstimmrechts ausdrücklich auf ihre Fahnen oder in ihre Programme geschrieben hätten. Die Opposition war weiterhin vorhanden, doch fand sie in der politischen Landschaft keine namhaften Organisationen mehr, die sich ihrer Anliegen offiziell und explizit angenommen hätten. Trotzdem aber fanden sich an der Urne oder an den Landsgemeinden Mehrheiten, die sich gegen das Frauenstimmrecht aussprachen.

Als „Gegenströmung“ setzten die Gegenkräfte der Frauenbewegung ihre Opposition auch fort, als das Frauenstimmrecht 1971 eingeführt und die Gleichstellung 1984 Verfassungsauftrag geworden waren (Rielle 2010a,c). Kaum eine grössere Partei, kaum ein namhafter Verband bezog noch explizit oder offiziell gegen die Frauenanliegen Stellung. Im Gegenteil: Es gehörte zum guten Ton, die Sache der Frauen zu fördern und in den eigenen Reihen engagierte weibliche Mitglieder vorzeigen zu können.

Verschiedene Vorstösse aber erinnerten daran, dass die Opposition gegen Emanzipation und Gleichstellung nach wie vor vorhanden war. Hin und wieder mobilisierte diese sogar und trat mit politischen Vorstössen hervor: 1985 lancierte ein rechtsbürgerliches Komitee das Referendum gegen das Gleichstellungsgesetz (Menzi 2010). Initianten aus dem religiös-konservativen Lager versuchten mit den Volksbegehren für das „Recht auf Leben“ und „Für Mutter und Kind“ die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu Fall zu bringen (Rielle 2010b,d). Die „Familieninitiative“ der SVP sowie das Volksbegehren „Abtreibung ist Privatsache“ aus religiös-konservativen Kreisen (SVP 2010, Föhn 2010), die beide vor den letzten Nationalratswahlen 2011 eingereicht wurden, setzen die Angriffe gegen Positionen fort, welche die Frauenbewegung errungen hatte.

Die Reihe dieser Vorstösse zeigt nicht nur, dass es die Opposition gegen die Gleichstellung der Geschlechter noch immer gibt und wo diese ihre politische Heimat hat. Sie bringt auch zum Ausdruck, dass diese Gegenkräfte vordergründig aus der Defensive operieren und zudem den Sozialabbau betreiben. So geht es der Initiative „Abtreibung ist Privatsache“ nicht mehr um die Abschaffung der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs, sondern um dessen Finanzierung (Föhn 2010). Den Frauen, die sich zu diesem Schritt entscheiden, sollen Steine in den Weg gelegt werden. Da die Finanzierung eines solchen medizinischen Eingriffs vor allem weniger wohlhabenden Frauen schwer fallen würde, zeigt sich, wen dieser Vorstoss treffen soll.

Auch die „Familieninitiative“ der SVP, auf die der Bundesrat inzwischen ablehnend reagiert hat, vertritt die herkömmliche Rollenteilung der Geschlechter und das traditionelle Familienmodell nicht mehr direkt, sondern auf einem Umweg. So wendet sie sich nicht gegen die familienexterne Kinderbetreuung, sondern gegen deren Förderung durch Steuerabzüge. Familien, die sich an das traditionelle Familienmodell halten, sollen die gleichen Abzüge vornehmen können, wie diejenigen, welche famili-



enexterne Betreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen (SVP 2010). Frauen, die im familieninternen Aushandlungsprozess die Steuervorteile einer familienexternen Betreuung der Kinder vorbringen können, würden damit ein schlagendes Argument verlieren.

### **Kritische Männerbewegung**

Parallel zur „Gegenströmung“, welche die Emanzipations- und Gleichstellungspolitik immer wieder zu überwinden hatte, entstand auch in der Schweiz eine alternative und kritische „Männerbewegung“. Diese verteidigte nicht Privilegien von Männern, sondern verstand die Frauenbewegung als Herausforderung und Chance zur eigenen Befreiung aus patriarchalen Strukturen (Theunert 2004, Knill 2008b).

Weil die Emanzipation der Frauen nicht nur die patriarchale Dividende, sondern auch die herkömmliche männliche Identität in Frage stellte, entstand in den 1980er und 1990er Jahren eine Vielzahl von Männergruppen und -beratungsstellen, die sich als Selbsthilfegruppen der Identitätskrise vieler Männer annahmen (Knill 2008a) und in „Männerpalavern“ männerspezifische Themen aufgriffen (Marquard 2004, Bauert 2008). Sie entwickelten ein neues, die Gleichstellung der Geschlechter positiv bewertendes Männerbild und brachten dieses in die „Bubenarbeit“ (Gasser-Kehl 2008), in die „Väterarbeit“ (Borter 2008) und in die Beratungsarbeit für gewalttätige Männer ein (Müller 2008). Bestandesaufnahmen solcher Bestrebungen förderten 1996 und 2003 eine Vielzahl und Vielfalt von Vereinen und Verbänden zu Tage (Violi 1996, Arn 2003).

In diesen Organisations- und Aktionsformen stellte die „Männerbewegung“ keine „Gegenbewegung“ dar. Eher könnte man sie als „responsive“ Bewegung zur Frauenbewegung verstehen: Sie reagierte zwar auf die Bewegung der Frauen, bezog sich aber positiv auf diese. Sie begriff die patriarchalen Strukturen als für beide Geschlechter nachteilig und verstand die Emanzipation der Frauen als Chance zur Befreiung der Männer aus Leiden erzeugenden, die eigenen Lebensentwürfe beengenden sozialen Verhältnissen (Pilgrim 1979). In ihrer Stossrichtung war diese „Männerbewegung“ eine „kulturorientierte Bewegung“ im Sinne Raschkes. Solche Bewegungen sind nicht an der Macht und nicht an Veränderungen in Staat oder Wirtschaft ausgerichtet, sondern stellen die „Änderung des Individuums und der sozialen Beziehungen“ ins Zentrum ihrer Bestrebungen und gehen davon aus, dass diese „auf Staat und Wirtschaft ausstrahlen könnten“ (Raschke 1985).

Nach der Jahrtausendwende zeichnete sich innerhalb der responsiven Männerbewegung eine Neuorientierung ab. Die bisherige, kulturorientierte Stossrichtung wurde beibehalten, doch rang man sich ergänzend zu einem organisatorischen Zusammenschluss mit politischer Stossrichtung durch. Die einzelnen Männergruppen,

-vereine, -projekte und -beratungsstellen gründeten 2006 den Dachverband „männer.ch“ (Theunert 2008).

Dieser Zusammenschluss versteht sich als schweizerisches „Forum für männer- und väterbezogene Themen und Perspektiven“ und will „die politischen Interessen von lokalen Männerinitiativen und Engagierten in der Männer-, Väter- und Bubenarbeit“ auf Bundesebene vertreten. Seine Ziele sind „mehr Geschlechtergerechtigkeit“ und „menschenfreundliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen“ (Männer.ch 2010). Kürzlich erschien ein Sammelband, der die Positionen dieser profeministischen Bewegung fundiert und ausführlich darstellt (Theunert 2012).

„männer.ch“ gehören inzwischen rund 25 Kollektivmitglieder an, die ihrerseits rund 3000 Mitglieder vertreten (Männer.ch 2011). Im deutschsprachigen Raum stellte die Gründung von „männer.ch“ eine Pionierleistung dar. In Deutschland entstand der entsprechende Dachverband erst vier Jahre später.

Die Vereinigungen geschiedener Männer, die in den 1970er Jahren entstanden und schon früher politisch in Erscheinung getreten waren, bildeten 2008 einen zweiten Dachverband (GeCoBi) von 13 Organisationen, die rund 5000 Mitglieder vertreten. Hatten früher die finanziellen Scheidungsfolgen im Zentrum ihrer Bestrebungen gestanden, so setzt sich der GeCoBi heute vornehmlich für die gemeinsame Elternschaft geschiedener Paare ein. Beide Dachverbände verfolgen ähnliche Stossrichtungen und pflegen regelmässigen Austausch (Hunziker 2008). Eine enge Zusammenarbeit besteht zudem mit der „Männerzeitung“. Diese erscheint seit 2001 und erreicht eine Auflage von rund 4500 Exemplaren (Knill 2011b).

Es gibt verschiedene Gründe, weshalb sich die Männerbewegung nach der Jahrtausendwende politisierte. Einmal sind die Anforderungen an den „bewegten“ Mann im Zuge der Emanzipation seiner Partnerin und der Durchsetzung des neo-liberalen Gesellschaftsmodells massiv gestiegen. Er droht zwischen den Ansprüchen einer konkurrenzgetriebenen Arbeitswelt, einer emanzipierten Partnerschaft sowie einer engagierten Vaterschaft aufgerieben zu werden (Gesterkamp 2010, Knill 2011a).

Zum Anderen hat sich die Annahme vieler, auch emanzipierter Männer, der Gleichstellungsprozess sei in erster Linie Sache der Frauen, es käme lediglich darauf an, ihn nicht zu torpedieren, sondern durch männliche Selbstfindung und Beziehungsarbeit zu begleiten, als illusorisch erwiesen (Violi 2003). Zwar setzte sich Gleichstellungspolitik durch, aber sie fand weitgehend unter Ausschluss „bewegter“ Männer statt. So stellten sich beispielsweise bei der konkreten Umsetzung des Scheidungs- und Sorgerechts systematische Benachteiligungen der geschiedenen Väter ein. Zudem finden infolge der politischen Abstinenz der Männerbewegung deren Anliegen nicht nur bei traditionellen Politikern, sondern auch bei aufgeschlossenen Politikerinnen kaum Gehör (Spycher 2010, Spycher 2010a, Theunert 2010).

## Antifeministische Gegenbewegung

Parallel zur Politisierung der „Männerbewegung“ zeichnete sich auch bei den politischen Kräften, die bisher als „Gegenströmung“ gegen die Emanzipation der Frauen und gegen die Gleichstellung der Geschlechter zu beobachten war, ein Wandel ab. Seit wenigen Jahren nimmt diese auch in der Schweiz Bewegungsform an.

Andernorts hat dieser Wandel zur „Gegenbewegung“ bereits früher eingesetzt und teilweise haben sich dort auch schon ausgeprägte Formen eines „Geschlechterkampfes“ ausgebildet. Jedenfalls beobachtet die Wissenschaft in Quebec schon seit Jahren die Herausbildung einer „antifeministischen“ Bewegung des „Maskulinismus“ (Blais und Dubois-Deri 2012). Vergleichbare Entwicklungen sind auch in Deutschland zu verzeichnen. Diesen Bewegungen ist gemeinsam, dass sie explizit antifeministische Positionen vertreten, die Männer als Opfer einer weiblichen Übermacht verstehen, das Internet als hauptsächliche Mobilisierungsplattform einsetzen und die „hate speech“, die verunglimpfende und menschenverachtende Hassrede, als bevorzugte Aktionsform praktizieren (Rosenbrock 2012, Gesterkamp 2010a).

In der Schweiz hat sich diese Bewegung mit der Gründung der „Interessengemeinschaft Antifeminismus“ (IGAF) im Jahr 2010 zu Wort gemeldet. Heute gehören der IGAF nach eigenen Angaben rund 5000 Mitglieder an. Die IGAF fordert die „vollständige Beseitigung der feministischen Ideologie aus Politik und Öffentlichkeit“. Der Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung soll gestrichen, sämtliche Fachstellen für Gleichstellung sollen geschlossen werden. Die traditionelle Familie müsse wieder die Anerkennung als „unabdingbares Fundament der Stabilität und des Fortbestandes unserer Gesellschaft“ finden, fordert sie.

Die IGAF organisierte 2010 und 2011 internationale „antifeministische Kongresse“, an der neben Verbündeten aus dem benachbarten Ausland beispielsweise auch Sprecher der „Interessengemeinschaft geschiedener Männer“ und anderer Männerorganisationen sowie Kritikerinnen der alten Frauenbewegung auftraten. Innerhalb des deutschsprachigen Raums leistet die IGAF damit einen zentralen Beitrag zur internationalen Vernetzung der antifeministischen Bewegung. Bereits haben sich eine IGAF-D und eine IGAF-ASIA dem schweizerischen Vorbild angeschlossen (Rosenbrock 2012: 64).

Obwohl ihr Versuch, sich an den eidgenössischen Wahlen zu beteiligen, scheiterte, gelingt es den organisierten Antifeministen offenbar, ein Netzwerk zu flechten, das über ihren engen Kreis hinausgeht. Das zeigt sich beispielsweise an der Präsenz von Vertretern anderer Männerorganisationen an den antifeministischen Kongressen. Zwar bringen diese dort auch kritische und abgrenzende Positionen zum Ausdruck, wie beispielsweise Markus Theunert in seiner Stellungnahme (Theunert 2011). Doch sind auch Anzeichen eines Schulterchlusses zwischen den bewegten männlichen Geschlechtsgenossen unterschiedlicher politischer Provenienz zu beobachten, wie bei-

spielsweise einzelne Reaktionen in der Männer-Zeitung zeigen (Küpfer 2011, Morger 2011).

Auch in der Auseinandersetzung um die laufende Revision des Scheidungs- und Sorgerechts kommt eine gewisse Nähe der beiden Bewegungsfraktionen zum Ausdruck. Wie die GeCoBi, so verlangt auch die IGAF, dass das gemeinsame Sorgerecht geschiedener Eltern zum Normalfall wird. Im Konflikt um die laufende Gesetzesrevision entstand sogar ein Aktionsbündnis, das die Grenzen zwischen den Antifeministen und anderen Männerorganisationen verwischte. So erhielt Bundesrätin Sommaruga nicht nur Pflastersteine von besorgten und engagierten Vätern, sondern auch von Antifeministen zugeschickt (Schickenstei.ch).

Wie im Ausland, so steht auch die antifeministische Bewegung der Schweiz im Dunstkreis der politischen Rechten (Kemper 2011). Damit eröffnen sich der IGAF nicht nur Bündnisoptionen zur „Männerbewegung“, sondern auch zur national-konservativen Bewegung. Während diese mit Vorstössen aus der Defensive in Erscheinung tritt, operiert jene offensiv mit expliziten Forderungen und in gleichstellungsfeindlichem Klartext. Es dürfte denn auch kein Zufall sein, dass sich in der Schweiz eine antifeministische Bewegung gerade jetzt formierte.

Für diese gab es nach der Jahrtausendwende nämlich verschiedene Anknüpfungspunkte: Erstens hatte die Durchsetzung des neo-liberalen und -konservativen Gesellschaftsmodells zu einer Rehabilitierung traditioneller Familien- und Geschlechterbilder geführt (Drescher, Esser und Fach 1986). Zweitens hatten die Polemiken politisch rechts stehender Kräfte gegen die „political correctness“ die Vertreterinnen feministischer Positionen diskursiv in die Defensive gedrängt (Möller 2003, Auer 2002). Drittens hatte sich unter der Führung der SVP eine starke national-konservative Bewegung etabliert, welche so genannte „Modernisierungsverlierer“ sammelte und traditionelle Familienvorstellungen propagierte (Kriesi 2005, Kriesi 1996). Viertens schliesslich hatten diese Kräfte in der Auseinandersetzung um die „Fachstellen für Gleichstellung“ in einzelnen Kantonen erste Erfahrungen in der Fortsetzung des alten, seit 1971 aber erfolglosen Abwehrkampfes gegen die Gleichberechtigung gesammelt (Seitz 2010). Mitte des ersten Jahrzehnts war damit das Terrain für einen antifeministischen Anlauf bereitet.

### **Bewegungskonkurrenz**

Man könnte die Antifeministen als Spinner und Extremisten abtun, würden sie nicht in den national-konservativen Bewegungszyklus passen und würden sich ihnen nicht nach der einen wie nach der anderen Seite des politischen Spektrums Bündnismöglichkeiten anbieten. Der national-konservative Bewegungszyklus alimentiert die antifeministische Offensive mit Rückhalt, um den sie sich nicht besonders zu kümmern braucht. Die einmal hegemoniale patriarchale Männlichkeit, die auch für antifeminis-

tische Appelle ansprechbar ist, findet in diesen Kreisen Bekräftigung und Bestätigung (Conell 1999, Meuser 2001, 2006, 2011).

Besonders heikel aber ist, dass der „Männerbewegung“, die sich eben erst politisiert hat, mit der antifeministischen Kraft eine verführerische Konkurrenz erwächst. Unbestritten ist, dass die bisherige Praxis im Scheidungs- und Sorgerecht für viele Männer und Väter zu Benachteiligungen geführt hat. Hinzu kommt, dass die neoliberale Arbeitswelt die Situation berufstätiger Männer nicht entspannt, sondern im Gegenteil verschärft hat. Die Schwierigkeiten, Erwerbstätigkeit und Elternschaft unter einen Hut zu bringen, haben sich unter diesen Umständen nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer vergrößert. Nicht nur nach Scheidungen, auch in intakten Familienverhältnissen sind sowohl Frauen als auch Männer oft bis an die Grenze belastet (Gerstenkamp 2010a).

Um mit diesen Situationen persönlich und politisch umzugehen, bieten sich den betroffenen Männern seit der antifeministischen Offensive zwei Optionen: Sie können sich auf den mühevollen Weg der Emanzipation beider Geschlechter von patriarchalen Strukturen machen. Im persönlichen Bereich, bedeutet das, sich mit den herkömmlichen Rollenmustern und Familienbildern auseinanderzusetzen und eine neue männliche Identität jenseits essentialistischer Vorstellungen zu finden. Im politischen Bereich bedeutet das, sich im Rahmen der „Männerbewegung“ oder verwandter politischer Gruppierungen für eine Gleichstellung einzusetzen, die beiden Geschlechtern gerecht wird.

Eine andere, einfachere Option bieten nun die Antifeministen an. Sie erklären die Männer zu Opfern und den Feminismus zum Feind. Im persönlichen Bereich bestärken sie verunsicherte Männer, in dem sie ihnen die alte hegemoniale Männlichkeit oder neue mythopoetische und essentialistische Männerbilder als Ausweg schmackhaft machen. Im politischen Bereich wenden sie sich gegen die Gleichstellung und sagen Positionen, welche die Frauenbewegung durchgesetzt hat, den Kampf an. Damit bestärken sie den Rückgriff auf traditionelle Rollenmuster und Familienvorstellungen, und auch die patriarchale Dividende darf weiterhin und ohne Skrupel eingestrichen werden. Der Druck, den die auf Leistung und Karriere getrimmte Arbeitswelt in den letzten Jahren aufgesetzt hat, kann von den Männern wieder auf den von Frauen getragenen privaten Dienstleistungsbetrieb abgewälzt werden.

Für Männer, die für ihre eigene Befreiung vom patriarchalen Verhängnis kämpfen, stellt sich die Bündnisfrage vor diesem Hintergrund in schärfster Form: Solidarisieren sie sich mit den Geschlechtsgenossen unabhängig von deren Position in der Geschlechterfrage? Oder bleiben sie wie bisher im kritischen Bündnis mit der Frauenbewegung? Ich meine, dass vor dem Hintergrund des national-konservativen Bewegungszyklus und der politischen Praxis der Antifeministen, nur die zweite Möglichkeit ernsthaft in Betracht gezogen werden kann.

---

### Literatur

- Arn, Christof und Diego Hättenschwiler (2003). Männer als Mitgestalter des Gleichstellungsprozesses. *Frauenfragen*, 2003(2), 65–67.
- Auer, Karin (2002). «Political Correctness»–Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(3), 291–303.
- Bauert, Alex (2008). Männerpalaver: Anmache? *männerzeitung*, 2008(3), 42.
- Blais, Melissa und Francis Dupuis-Deri (2012). Masculinism and the Antifeminist Countermovement. *Social Movement Studies*, 2012, 1–19.
- Böhnisch, Lothar (2003). *Die Entgrenzung der Männlichkeit: Verstörungen und Formierungen des Mannseins im gesellschaftlichen Übergang*. Opladen: Leske + Budrich.
- Borter, Andreas (2008). Väter: Es ist Zeit für Politik. *männerzeitung*, 2008(3), 27.
- (2012). Väterpolitik(en). In: Markus Teunert (Hg.) (2012). *Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht*. (169–182). Wiesbaden: Springer VS.
- Connell, Raewyn (1999). *Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Drescher, Anne, Josef Esser und Wolfgang Fach (1986). *Die politische Ökonomie der Liebe. Ein Essay*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Föhn, Peter (2011). Der Kampf geht weiter. *Initiativpost*, 2011(6), 1. Zugriff am 06.12.2011 auf <http://www.privatsache.ch>.
- Gasser-Kehl, Stefan(2008). Bubenarbeit/Netzwerk Schulische Bubenarbeit: Für die Männer von morgen. *männerzeitung*, 2008(3), 30.
- Gesterkamp, Tomas (2010a). *Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere*. Freiburg im Breisgau: Herder.
- (2010b). *Geschlechterkampf von rechts. Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feinbild Feminismus radikalalisieren*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hearn, Jeff (2010). Vernachlässigte Intersektionalitäten in der Männerforschung: Alter(n), Virtualität, Transnationalität. In: Helma Lutz, Maria Teresa Herrera Vivar und Linda Supik (Hg.) (2010). *Fokus Intersektionalität: Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes* (105–123). Wiesbaden: VS.
- Hunziker, Oliver (2008). GeCoBi: Geschiedene Väter. *männerzeitung*, 2008(3), 29.
- Kemper, Andreas (2011). *(R)echte Kerle: Zur Kumpanei der Männerrechtsbewegung*. Münster: Unrast-Verlag.

- Knill, Ivo (2008a). Männerbüros: Vernetzung und Beratung. *männerzeitung*, 2008(3), 26.
- (2008b). «Männer können neue Entwürfe wagen» Tesen zur Männerbewegung. Interview mit Walter Hollenstein. *männerzeitung*, 2008(3), 8–11.
- (2011a). Editorial. *männerzeitung*, 2011(1), 3.
- (2011b). Männerzeitung und männer.ch: Gemeinsam stärker. *männerzeitung*, 2011(3).
- Kreckel, Reinhard (2004). *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kriesi, Hanspeter (1996). Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten: Die Mobilisierung von zwei neuen Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, 1(1), 1–46.
- (Hg.) (2005). *Der Aufstieg der SVP: Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Küpfer, Hanspeter (2011). Feminismus und Verdruss. Rückblick auf das Antifeminismustreffen. *männerzeitung*, 2011(1), 36–38.
- Männer.ch (Hg.) (2010). *Statuten des Vereins männer.ch*. Luzern: Selbstverlag. Zugriff am 17.12.2011 auf [www.maenner.ch](http://www.maenner.ch).
- (Hg.) (2011). *männer.ch – Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen. Kurzporträt*. Luzern: Selbstverlag. Zugriff am 17.12.2011 auf [www.maenner.ch](http://www.maenner.ch).
- Marquard, Denise (2004). «Das Private ist politisch». Interview mit den Organisatoren des Zürcher Männerpalavers. *männerzeitung*, 2004(4), 32.
- Menzi, Brigitte (2010). Ja zum partnerschaftlichen Eherecht. In: Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.) (2010). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (435–436). Bern: Haupt.
- Messner, Michael Alan (1997). *Politics of masculinities: Men in movements*. Thousand Oaks [etc.]: Sage Publications.
- Meuser, Michael (2001). Männerwelten. Zur Konstruktion hegemonialer Männlichkeit. *Schriften des Essener Kollegs für Geschlechterforschung*, 2001(II).
- (2006). Hegemoniale Männlichkeit – Überlegungen zur Leitkategorie der Men's Studies. In: Brigitte Aulenbacher, Mechthild Bereswill, Martina Löw, Michael Meuser, Gabriele Mordt, Reinhild Schäfer und Sylka Scholz. *FrauenMännerGeschlechterforschung: State of the art* (160-172). Münster: Westfälisches Dampfboot

- 
- Meuser, Michael und Sylka Scholz (2011). Krise oder Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit? In: Mechthild Bereswill und Anke Neuber. *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert* (56-79). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Möller, Simon (2003). Operation gelungen. *Der Freitag*, 2003, 13.
- Morger, Sacha (2011). «Ich bin ein zorniger junger Mann». *männerzeitung*, 2011(1), 39–41.
- Müller, Heinrich und Andreas Jost (2008). STOPP Männergewalt: Respekt und Konfrontation. *männerzeitung*, 2008(3), 36–39.
- Pilgrim, Volker Elis (1979). *Manifest für den freien Mann*. München: Trikont-Verlag.
- Raschke, Joachim (1985). *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt/New York: Campus.
- Rielle, Yvan (2010a). Das Ende der Männerdemokratie. In: Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.) (2010). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (308–310). Bern: Haupt.
- (2010b). Das rigorose Abtreibungsverbot scheitert an der Urne sehr deutlich. In: Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.) (2010). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (619–620). Bern: Haupt.
- (2010c). Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung festgeschrieben. In: Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.) (2010). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (401–402). Bern: Haupt.
- (2010d). Nein zum Abtreibungsverbot. In: Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.) (2010). *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007* (429–431). Bern: Haupt.
- Rosenbrock, Hinrich (2012). *Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Eine Expertise für die Heinrich-Böll-Stiftung*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Schweizerische Volkspartei (Hg.) (2010). *Familieninitiative. Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen*. Bern: SVP. Zugriff am 06.12.2011 auf <http://www.familieninitiative.ch>.
- Seitz, Werner (2010). *Die kantonalen Fachstellen für Gleichstellung 1979-2010: Ihre Konfrontation mit Kürzungs- und Aufhebungsforderungen sowie mit der Erweiterung ihres Aufgabenbereichs*. o. O.: Selbstverlag. Zugriff am 06.06.2011 auf [www.werner-seitz.ch](http://www.werner-seitz.ch).
- Spycher, Beni (2010a). «Das Festhalten an Gender-Fragen führt nicht zum Ziel». Nationalrat Gerhard Pfister von der CVP im Interview. *männerzeitung*, 2010(1), 6–7.
- (2010b). Frauensicht. *männerzeitung*, 2010(1), 32–35.



- Stühlinger, Susi (2012). «Diese Männer haben die Dinge noch nie so betrachtet». Interview mit Aner Voloder. *Die Wochenzeitung*, 33, 4–5.
- Theunert, Markus (2004). Raus aus dem«Frauen-Ghetto». Interview mit SP-Präsident Hans-Jürg Fehr. *männerzeitung*, (4), 5–9.
- (2008). männer.ch: Dach der Männerpolitik. *männerzeitung*, (3), 24.
  - (2010). Auch Politiker können nicht nicht Mann sein. Über Politiker und ihre Hemmungen gegenüber dem eigenen Geschlecht. *männerzeitung*, (1), 8.
  - (2011). *Männerpolitik statt Antifeminismus. Eine Provokation*. Zürich: AGAF. Zugriff am 16.12.2011 auf [www.igaf.ch](http://www.igaf.ch).
  - (Hg.) (2012). *Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht*. Wiesbaden: Springer VS.
- Violi, Enrico (1996). Überblick über Männerorganisationen und Gleichstellungspolitik. *Frauenfragen*, (2), 42–47.
- (2003). *Gender Mainstreaming – Lässt sich Gleichstellung managen?* Referat an der Tagung für Führungsverantwortlichen der öffentlichen Verwaltung des Kantons Luzern. Scharans: Selbstverlag. Zugriff am 17.12.2011 auf [www.ethikprojekte.ch](http://www.ethikprojekte.ch).



## **Sag mir, wo die Männer sind**

Sebastian SCHIEF, Universität Freiburg

*Am 21. September hätte am Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der 3. Alumnitag stattfinden sollen. In diesem Jahr war dieser Anlass dem Thema „Sag mir, wo die Männer sind. Oder: Warum mehr Frauen unsere Studiengänge wählen“ gewidmet gewesen. Mangels Teilnahme fand die Veranstaltung nicht statt. Wir dokumentieren hier die Begrüßungsrede, die Sebastian Schief, Lehr- und Forschungsrat am Studienbereich, gehalten hätte.*

„Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.“ So formuliert es unsere Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Artikel 8.

Nicht ohne Bedacht hat die Eidgenossenschaft gerade in den Bereichen Familie, Ausbildung und Arbeit der Gleichstellung einen besonderen Stellenwert eingeräumt, denn gerade diese Bereiche sind von zentraler Bedeutung, wenn es um die Verteilung von Ressourcen geht (Zufriedenheit, Geld, Macht, Einfluss). Innerhalb der Familie geht es um die Gleichstellung im Privaten, also um die Frage, wer kümmert sich um die Kinder, wer macht den Haushalt, wer bringt das Geld nach Hause. Mit dem Bereich Arbeit wird das zentrale Instrument zur Verteilung von Kapital, nicht nur Einkommen, auch Einfluss und Macht, berücksichtigt. Die Ausbildung wiederum ist ein zentral, wenn es darum geht, innerhalb der Erwerbsarbeit Karriere zu machen und wichtige Positionen zu besetzen.

Wie zahlreiche Forschungen festgestellt haben, nähern sich die Anteile von Frauen und Männern an den Universitäten immer stärker an, aber es gibt weiter riesige Unterschiede im Bereich der Wahl der Ausbildung bzw. des Studiengangs. Laut Schweizerischem Bildungsbericht<sup>1</sup> kamen in den technischen Wissenschaften auf 3 Männer eine Frau, dagegen in den Geistes- und Sozialwissenschaften auf einen Mann zwei Frauen mit Abschluss. In unserem Studienbereich sind die Zahlen noch ausgeprägter, der Frauenanteil der Studierenden im Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeiter Universität Fribourg liegt bei etwa 80 Prozent.

Enorme Anstrengungen wurden unternommen, um den Frauenanteil in den sogenannten MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu erhöhen. So wurde im Jahr 2000 ein Bundesprogramm zur Chancengleichheit von Frauen

---

<sup>1</sup> <http://www.skbf-csre.ch/0/bildungsmonitoring/bildungsbericht-2010/>.

und Männern an Universitäten<sup>2</sup> sowie an Fachhochschulen etabliert, das die Erhöhung des Frauenanteils auch und gerade in den MINT-Fächern anstrebt. Mit den Girls' Days, also den Techniktagen für Mädchen, sollen junge Mädchen für die Natur- und Ingenieurwissenschaften begeistert werden, diese Kampagne wird mit erheblichem Aufwand an zahlreichen Universitäten und Fachhochschulen betrieben. Diverse Anfragen im Bundesrat drehen sich um das Thema der geringen Absolventenquote von Frauen in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Der Bundesrat verweist pflichtgemäss auf das vorhandene Problembewusstsein und die schon auf den Weg gebrachten Programme, zudem macht er Hoffnung auf weitere Massnahmen, um dieses Problem mit gebotenem Ernst anzugehen.

Betrachten wir nun das andere Ende der Verteilung, also jene Fächer wie das unsere, in denen die Frauen in der grossen Mehrheit sind. Wo sind die grossangelegten Programme zur Verstärkung des Männeranteils innerhalb der Sozialwissenschaften? Wo ist der Boys' day, der den Jungen die sozialen Berufe, die Sozialarbeit, pflegerische Tätigkeiten, die Soziologie näher bringt? Wenn ich mich nicht sehr täusche, ist hier weitgehend Fehlanzeige. Zu finden ist der 1. St.GallerBoys'Day, der in diesem Jahr unter dem Motto „Jungs packet's a' und entdecken ‚Frauenberufe‘“ stattgefunden hat. Die Kolleginnen und Kollegen der Fachhochschule waren es leid, „...wie der Anteil der Männer in den sozialen und pflegerischen Berufen zurückgeht. Die in den Köpfen vieler Zeitgenossen als typische ‚Frauenberufe‘ abgespeicherten Tätigkeiten haben einen Männeranteil von 8 respektive 20 Prozent. Tendenz sinkend. Mit dem 1. St.Galler Boys' Day ist die FHS jetzt in die Offensive gegangen und hat – unterstützt von weiteren Organisationen – Schüler des Klosterschulhauses Flade St. Gallen mit Sozial- und Pflegeberufen vertraut gemacht.“<sup>3</sup> Immerhin 60 Jungen waren zugegen, um sich in die Welt der sozialen und pflegerischen Berufe einführen zu lassen.

Ein weiterer Boys' Day hat vor wenigen Monaten an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften stattgefunden.<sup>4</sup> Ziel war es, den Jungen die Gelegenheit zu geben, die Berufsfelder Ergotherapie, Pflege, Physiotherapie, Psychologie und Sozialarbeit kennen zu lernen. Im Evaluationsbericht wird vermerkt, dass sechs Jungen teilgenommen haben.

Wenn der Eindruck nicht trügt, ist es kein Zufall, dass der Anstoss zu diesen Boys' Days nicht aus der Politik oder der Gesellschaft, sondern von den ausbildenden Institutionen selbst kam. Unterrepräsentierungen von Männern in Berufen sind kein Thema, das auf der politischen Tagesordnung steht. Im Gegenteil, Berufe dieser Art werden als ‚Frauenberufe‘ gelabelt, die Konnotation ist nach wie vor negativ. In den sel-

---

<sup>2</sup> [http://www.sbf.admin.ch/hm/dokumentation/publikationen/uni/2012.Evaluation\\_Bundesprogramm\\_3.Phase.pdf](http://www.sbf.admin.ch/hm/dokumentation/publikationen/uni/2012.Evaluation_Bundesprogramm_3.Phase.pdf)

<sup>3</sup> <http://www.fhsg.ch/fhs.nsf/de/soziale-arbeit-next-step-soziale-arbeit-1-st-galler-boysday>

<sup>4</sup> <http://www.zhaw.ch/zhaw/die-zhaw/gender/agenda/schnuppertage/boysdays.html>

tensten Fällen wird darüber nachgedacht, wie man einen ‚Frauenberuf‘ für Männer attraktiv machen könnte. Ein Teilnehmer des Boys‘ Days in Zürich schlug den Veranstaltern Folgendes vor: „Möglicherweise sollten sich die Mädchen und Jungs einmal treffen, um über die Erfahrungen zu sprechen“.

Ich denke, in diesem Statement liegt sehr viel Wahrheit und man kann verschiedene Schlussfolgerungen daraus ableiten. Erstens kann man attestieren, dass die Girls‘ Days zwar stärkeren Zulauf und grössere Tradition haben als die Boys‘ Days, ihr Erfolg in Form einer Steigerung des Frauenanteils in den MINT-Studiengängen aber minim ist. Woran kann das liegen? Meiner Meinung nach setzt man an der falschen Stelle an. Weder werden Frauen in ‚Männerberufe‘, noch werden Männer in ‚Frauenberufe‘ wechseln, weil sie in den Beruf oder das Fachgebiet hinein ‚geschnuppert‘ haben. Das mag in einzelnen Fällen funktionieren, am gesamten Bild ändert sich aber nichts. Zweitens macht es keinen Sinn, das Problem der Unterbesetzung von MINT-Studiengängen mit Frauen getrennt von der Unterbesetzung der Sozialwissenschaften mit Männern zu betrachten. Wir haben es hier mit der Frage der gesellschaftlichen Wertigkeit von bestimmten Berufen und Tätigkeiten und dem gesellschaftlich tradierten Verständnis der unterschiedlichen Aufgaben von Männern und Frauen in einer Gesellschaft zu tun. Es ist also gut gemeint und aller Ehren wert, wenn man mit diversen Mitteln versucht, mehr Frauen in so genannte ‚Männerberufe‘ zu bringen (umgekehrt versucht man es fast gar nicht). Woran es aber wirklich mangelt, ist eine gesellschaftliche Debatte über die Wertigkeit von sozialen Berufen, von Pflege, Unterstützung und vielem mehr (Care), im Vergleich zur Wertigkeit von Naturwissenschaften, Ingenieurswesen etc. Die sozialen Berufe werden klassischer Weise in Sonntagsreden als unglaublich wichtig gekennzeichnet, aber es wird nichts unternommen, um sie auch in ihrer gesellschaftlichen Wertschätzung in Form von Einfluss und Geld aufzuwerten. Das erinnert ein bisschen an den Muttertag, an dem man die Arbeit, die von der Mutter getan wird, wertschätzt, um sie die restlichen 364 Tage alleine zu lassen.

Im Gegensatz dazu braucht es für die Ingenieure und Naturwissenschaftler dieser Welt keine Sonntagsreden, ihr gesellschaftlicher Rang wird in harter Währung ausbezahlt. Besonders ärgerlich wird das Ganze aber, wenn sich mit dieser gesellschaftlichen Wertschätzung Geschlechterstereotype in schönster Weise verbinden. Hier die aufopferungsvolle Frau, deren Lohn schon alleine ist, helfen zu können. Dort der tatkräftige Mann, der als Lohn für sein dynamisches und innovatives Handeln mit Macht, Einfluss und selbstredend Geld belohnt wird. Und hier liegt der Kern des Problems. Die Wertschätzung der sozialen Berufe muss in harter Währung ausgedrückt werden, also in Form von Geld, Macht und Einfluss, dann werden sie für alle attraktiv, Männer wie Frauen. Zudem muss sich endlich gesellschaftlich durchsetzen, dass helfende Berufe nicht quasi das schlecht bezahlte Pendant zur aufopferungsvollen Frau sind, sondern hoch professionelle Tätigkeiten, die von bestens ausgebildeten

Personen ausgeführt werden müssen, die dafür ordentlich entlohnt werden sollten. Gerade mit Blick auf die zunehmende Wichtigkeit der sozialen Berufe in einer alternierenden Gesellschaft, die auf professionelle Pflegedienstleistungen angewiesen ist und immer stärker angewiesen sein wird, muss es zu einer neuen Wertigkeit und Wertschätzung der sozialen Berufe kommen. Es ist höchste Zeit.

## Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten

Als Studentin oder Student mit Hauptfach Soziologie oder Sozialarbeit und Sozialpolitik bist du automatisch Mitglied der zweisprachigen **Fachschaft SoFa**. Diese Mitgliedschaft ist DEIN Schlüssel zu einer aktiven Mitgestaltung des Studiums und des universitären Lebens!

### *Was ist die Fachschaft?*

Die Fachschaft Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit (SoFa) ist die Gesamtheit aller Studierenden in diesem Fachbereich: Jede Studentin und jeder Student ist ein gleich- und vollwertiges Mitglied der Fachschaft. Das Fachschaftskomitee, das oberste Gremium, besteht aus engagierten Studentinnen und Studenten, die neben ihren Studienaktivitäten auch etwas für das Wohlergehen der Studierenden tun möchten.

### *Aktivitäten der Fachschaft*

Die SoFa organisiert nebst diversen alljährlich wiederkehrenden Events wie dem Spaghetti-Plausch für die Erstsemestrigen, der Fachschaftsparty oder dem traditionellen Weihnachtsapéro auch themenspezifische Aktivitäten wie Filmabende, Diskussionsrunden und Exkursionen. Daneben unterstützt die Fachschaft Studierende bei der Lösung von Problemen und pflegt einen regelmässigen Austausch mit dem Lehrstuhl.

### *Für das Herbstsemester 2012 ist geplant*

#### **Was?**

Spaghettiesen

Themenabend Grundeinkommen

Exkursion

Weihnachtsapéro

#### **Infos**

Für Erstsemestrige, organisiert von Drittsemestrigen

Vorführung eines Films, anschliessende Diskussion

Besuch der UNO in Genf

Das Apéro nach der GV

### *Kontakt – Wir freuen uns immer über neue Komitee-Mitglieder!*

Möchtest du dich im Vorstand der Fachschaft engagieren, ein Ressort leiten/unterstützen oder einen spannenden Anlass mitorganisieren? Die Fachschaft bietet dir viele interessante Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Projekten und Events! Auch für Fragen und bei Unklarheiten stehen wir gerne zur Verfügung:

Moodle-Plattform: <http://moodle.unifr.ch/course/view.php?id=6229>.

Nur für Studierende des Lehrstuhls Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik!

Zur Kommunikation der Studierenden mit der SoFa; Informationen, Sitzungsdaten, Protokolle der SoFa-Sitzungen, etc.

Homepage: <http://student.unifr.ch/travsoc/>

Mit Informationen zu den Aktivitäten der Fachschaft, interessanten Links und Jobangeboten

Email: [fs-sofa@unifr.ch](mailto:fs-sofa@unifr.ch)



## **Wir gratulieren!**

### *Zum Master-Abschluss*

Jonas Abplanalp: Von der Erwerbslosigkeit zur Arbeitsmarktintegration - welche Massnahmen führen zum Erfolg? Eine erweiterte Dossieranalyse anhand von Daten der Abteilung für Sozialhilfe der Stadt Bern

Barbara Erzinger: On fuit la guerre pour entrer dans une guerre psychologique. Lebensgestaltung im Providurium. Handlungsspielräume und Ressourcenmobilisierung von vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Freiburg

Nadja Fuchser: Lebensqualität von Personen aus einkommensarmen Familien in der Schweiz. Eine quantitative Untersuchung der allgemeinen Lebensqualität und des Zusammenhangs zwischen dem Einkommen und der Lebensqualität in den Lebensbereichen Bildung, Gesundheit und soziale Unterstützung von Personen aus einkommensarmen Familien

Sophie Hirtzel: Handlungsstrategien von professionellen MandatsträgerInnen im Erwachsenenschutz Eine qualitative Untersuchung zu den Aufgaben und Rollen von SozialarbeiterInnen einer Amtsvormundschaft

Rebekka Sieber: schritt:weise. Evaluation des Frühförderungsprogramms aus Sicht der Mütter

Peter Suter: Determinanten der Schulwahl: Public versus Private. Eine quantitative Querschnittsbefragung im Bezirk Höfe SZ über die elterlichen Motive zur Wahl einer privaten resp. Öffentlichen Primarschule

Amanda Willi: Netzwerke sozialer Unterstützung bei Personen mit einem Alkoholproblem nach dem 65. Lebensjahr: Eine qualitative Untersuchung über ihre Netzwerke, ihre sozialen Beziehungen und über die erfahrene Unterstützung bezüglich des Alkoholkonsums

### *Zum Bachelorabschluss*

Sandra Angelovic

Jasmin Aregger

Beatrice Brunner

Dragana Draca

Pascal Riedo

Barbara Schumacher